

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz in Sankt Petersburg, Russische Föderation, vom 26. bis 28. August 2012

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) in Sankt Petersburg am 28. August 2012 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 21. BSPC sowie dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und seiner Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
 - a) dass wesentliche - seiner Beschlusslage entsprechende sowie von der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ unter seiner aktiven Mitwirkung erarbeitete - Handlungsempfehlungen von der 21. BSPC aufgegriffen worden sind und ihren Niederschlag in der Resolution gefunden haben;
 - b) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement bei der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM fortzusetzen;
 - c) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement im Rahmen maritimer Politiken in der Ostseeregion fortzusetzen, und den Abgeordneten Jochen Schulte mit seiner Bestätigung als Berichterstatter der BSPC für Maritime Politik beauftragt hat, die Entwicklung in diesem Politikfeld weiter zu verfolgen und der Konferenz darüber zu berichten sowie Kontakte mit den entsprechenden Arbeits- und Expertengruppen des Ostseerates (CBSS) und der Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC) zu pflegen;

Der Landtag wird die damit verbundenen Aufgaben aktiv wahrnehmen und im kommenden Geschäftsjahr insbesondere die Arbeitsgruppe zum Themenbereich „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ sowie die Arbeit des Maritimen Berichterstatters der BSPC aktiv unterstützen und Synergien zwischen den Themenfeldern sichtbar machen und nutzen.

4. Artikel 11 seiner Verfassung verpflichtet das Land zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz zeigen, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen. Vor diesem Hintergrund beauftragt der Landtag seine Präsidentin, sich im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz dafür einzusetzen, das Mandat zur Ausrichtung nach Möglichkeit der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz im Jahre 2015 in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder
 - a) Zusammenarbeit,
 - b) integrierte Meerespolitik,
 - c) Gesundheit, Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung sowie
 - d) nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienzin der Ostseeregion einzusetzen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen und den Landtag über die Entwicklungen auf diesen Gebieten in der Ostseeregion sowie über den Stand der Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge im Land zu unterrichten.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Jürgen Suhr und Fraktion

Begründung:

Die 21. Ostseeparlamentarierkonferenz unter dem Generalthema „Energie, Umwelt und soziale Wohlfahrt: Zusammenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung der Ostseeregion“ fand mit über 200 Teilnehmern, Delegierten der nationalen und regionalen Parlamente der Ostseeanrainerstaaten sowie parlamentarischer Vereinigungen, Experten, zahlreichen politischen Beobachtern und Vertretern von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und anderen Vereinigungen unterschiedlicher Ebenen sowie Gästen vom 26. bis 28. August 2012 auf Einladung der Staatsduma der Russischen Föderation in Sankt Petersburg statt. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde durch die Dritte Vizepräsidentin Silke Gajek und die Abgeordneten Rudolf Borchert, Detlef Müller, Wolf-Dieter Ringguth und Dr. Mignon Schwenke vertreten. Außerdem haben die Abgeordneten Jochen Schulte als Maritimer Berichterstatter und der Abgeordnete Jürgen Seidel für die Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ teilgenommen. Die inhaltlichen Tagungsschwerpunkte waren „Regionale Partnerschaft und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Die Nördliche Dimension und die EU - Strategie für die Ostseeregion“, „Umweltgesundheit und Zusammenarbeit in Energiefragen“, „Eine Sichere und gesunde Ostsee“ sowie „Gesundheit, Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung“.

Der Delegation des Landtages ist es gelungen, Handlungsempfehlungen, die seiner Beschlusslage insbesondere zum 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee aus dem Frühjahr 2012 entsprechen (vgl. Beschluss des Landtages vom 25. April 2012 zum Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/575), in die Resolution der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen zu lassen.

Als Maritimer Berichterstatter der BSPC stellte der Abgeordnete Jochen Schulte seine Arbeit im vergangenen Jahr im Rahmen eines Vortrages und durch einen schriftlichen Bericht vor. Positiv hob er hervor, dass die verschiedenen Organisationen im Ostseeraum sich zunehmend austauschen und die Zusammenarbeit intensivieren, um einen integrierten Ansatz im Bereich der maritimen Politik zu verfolgen. Er wies darauf hin, dass er es für erforderlich hält, das Thema der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft im Ostseeraum im Jahr 2013 zum Gegenstand einer ostseeweiten Expertenanhörung zu machen, um den vorhandenen Sachverstand zu konzentrieren.

Im Auftrag auch des Landtages machte Prof. Dr. Mathias Feige Ausführungen zum Nachhaltigen Tourismus für den Ostseeraum und hob besonders die Vorreiterrolle hervor, die Mecklenburg-Vorpommern hier innehat.

Die Präsidentin des Landtages Sylvia Bretschneider legte gemeinsam mit der Abgeordneten des finnischen Nationalparlaments Christina Gestrin einen umfassenden schriftlichen Bericht über die Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei der Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes HELCOM vor.

Die Mandate der Präsidentin Sylvia Bretschneider als HELCOM-Beobachterin der BSPC und des Abgeordneten Jochen Schulte als Maritimer Berichterstatter der BSPC wurden verlängert.

Die wesentlichen inhaltlichen Themenschwerpunkte der Entschließung der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz beziehen sich im Hinblick auf **die Zusammenarbeit in der Ostseeregion** auf die Förderung der Interaktionen und Zusammenarbeit bei der Umsetzung der „Sozioökonomischen Entwicklungsstrategie für Nordwestrussland“ der Russischen Föderation sowie auf die Umsetzung und Unterstützung weiterer politischer Maßnahmen in der Ostseeregion, beispielsweise der EU-Ostseestrategie und der Nördlichen Dimension. Des Weiteren wird angestrebt, dem Ostseerat konstant und langfristig Gelder sowie Ressourcen für die vollständige Umsetzung des Projekts einer Modernisierungspartnerschaft für den südöstlichen Ostseeraum „SEBA“ zur Verfügung zu stellen. Im Vordergrund steht die Förderung von Toleranz, gegenseitiger Achtung und Meinungsfreiheit ebenso wie die Menschenrechte in der gesamten Ostseeregion und in ihrer Nachbarschaft, die es zu stärken gelte. Die Bemühungen um die schrittweise Beseitigung von Hindernissen, die die Mobilität der Menschen in der Region einschränken entsprechend den Ergebnissen im Rahmen eines Visumsdialogs zwischen der EU und Russland und das allmähliche Auslaufen des Visapflicht zwischen der EU und Russland.

Im Hinblick auf den **Umweltschutz, die Zusammenarbeit in Energiefragen und eine energieeffiziente Wirtschaft** sollen das Übereinkommen der EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Übereinkommen) sowie das Ballastwasserübereinkommen (Internationales Übereinkommen zur Überwachung und Behandlung von Ballastwasser und Sedimenten von Schiffen von 2004) ratifiziert werden. Des Weiteren wird die Notwendigkeit gesehen, die aus dem HELCOM-Ostseeaktionsplan erwachsenen Verpflichtungen durch die Vertragsparteien vollständig umzusetzen. Auch soll die Arbeit im Rahmen des trilateralen Projekts „Jahr des Finnischen Meerbusens“ sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit und Wiederherstellung des Ökosystems Ostsee durchgeführt werden. Hierzu zählt die Verminderung des Zustroms biogener Stoffe in die Ostsee durch Einführung bestmöglicher landwirtschaftlicher Verfahren und Technologien für den Umgang mit Abfällen, die allmähliche Reduktion der Verwendung von Polyphosphaten in synthetischen Wasch- und Reinigungsmitteln, die Verbesserung von Recyclingverfahren, die Schaffung neuer Deponien für kommunale und industrielle Abfälle sowie die Beseitigung veralteter Lagerbestände von Pestiziden.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz fordert, nachhaltige Maßnahmen zur Förderung und Entwicklung des nachhaltigen Wachstums, der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien zu treffen. Bezüglich der Verringerung der von den Schiffen ausgestoßenen CO₂-Emissionen wird gefordert, sich innerhalb der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation IMO aktiv für die Verbesserung der technischen Anforderungen in Bezug auf die Energieeffizienz neuer Seeschiffe und die Entwicklung weltweit verbindlicher betrieblicher Regeln einzusetzen. Hierzu zählt, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch Erschließung erneuerbarer Energiequellen zu vermindern. Außerdem wird die Notwendigkeit gesehen, Bildung, Forschung und Entwicklung im Bereich des Nachhaltigen Wachstums und der Energieeffizienz zu fördern und Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, zum Austausch bewährter Verfahren und zur Aufklärung über die ökologischen und ökonomischen Vorteile und Möglichkeiten der Energieeinsparung zu treffen. Daneben sollen die Aktivitäten der Expertengruppe des Ostseerates für nachhaltige Entwicklung „Baltic 21“ unterstützt sowie im Hinblick auf die Umsetzung von anderen Pilotprojekten politische Anreize und innovative Finanzprogramme geschaffen werden. In Bezug auf die Förderung eines nachhaltigen öffentlichen Beschaffungswesens auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung sollen die gleichen Standards für Unternehmen festgelegt werden, ohne zu Wettbewerbsnachteilen für kleine und mittelständische Unternehmen zu führen.

Mit Bezug auf die **die integrierte Meerespolitik** fordert die BSPC, den Informationsaustausch, gemeinsame Planungen und die Weitergabe bewährter Verfahren zwischen den Meeresbehörden auszubauen sowie Informationstechnologien und elektronische Navigationstechnologien zur Meeresüberwachung in Echtzeit zu entwickeln, um das Schiffsverkehrsmanagement zu verbessern und gemeinsam gegen Havarien gewappnet zu sein. Darüber hinaus soll die Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrt in der Ostseeregion, aber auch im globalen Wettbewerb, mithilfe geeigneter und gezielter Anreize gestärkt werden. Auch wird die Notwendigkeit gesehen, Forschung und Innovation zu fördern, um Kompetenzen in den Bereichen Sicherheit im Seeverkehr, Energieeffizienz, Reduzierung von Emissionen, alternative Antriebstechnologien und erneuerbare Energien zu entwickeln. Es müssten weitere Maßnahmen mit dem Ziel der Entwicklung eines gemeinsamen makroregionalen Präventions- und Bereitschaftsansatzes gegenüber Katastrophen und Notfällen auf See und an Land durchgeführt werden. Die Umsetzung des Drei-Parteien-Projekts „Jahr des Finnischen Meerbusens“ („The Gulf of Finland Year 2014“) soll unterstützt sowie mit den gemeinsamen Forschungs- und Schutzbemühungen Finnlands, Estlands und Russlands konsolidiert werden. Es wird für erforderlich gehalten, die handwerkliche Fischereiwirtschaft zu fördern und die Möglichkeiten für Investitionen in ökologische Formen des maritimen Tourismus zu verbessern. Außerdem sollen gemeinsame Ziele der maritimen Raumordnungspolitik unter Einbeziehung der Leitlinien der „Visions and Strategies around the Baltic Sea 2010“ (VASAB) erarbeitet werden. In Bezug auf die Bekämpfung der grenzüberschreitende Kriminalität und Sicherheitsbedrohungen auf See wird gefordert, die Entwicklung und Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Ostseeregion zu unterstützen.

Im Hinblick auf die Bereiche **Gesundheit, Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung** wird gefordert, das Profil der Bereiche Gesundheit und Soziales auf der regionalen Kooperationsagenda zu schärfen und die Partnerschaft der Nördlichen Dimension in den Bereichen öffentliche Gesundheit und Soziales zu unterstützen. Hierzu zählt, die Ressourcen der älteren Bevölkerung zu berücksichtigen, ihnen den Verbleib auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen und generell ihre Fähigkeiten zu nutzen. Ferner wird für erforderlich gehalten, eine mittel- bis langfristige Strategie zu entwickeln und diese mit wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu unterfüttern und dafür zu sorgen, dass die vorhandenen Programme, die dieses Ziel verfolgen, besser aufeinander abgestimmt werden. Ferner müssten die Anforderungen in Bezug auf die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Förderung von Bildung und Berufsausbildung, zur Entwicklung von Fähigkeiten und zum lebenslangen Lernen unternommen werden, um den Bedarf an Fachkräften zu decken und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und in diesem Zusammenhang die Nutzung des Konzepts der dualen Ausbildung zu intensivieren und Initiativen auf den Weg zu bringen, um die Chancen für unqualifizierte und arbeitslose junge Menschen, aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen, zu verbessern. Weiterhin soll die gegenseitige Anerkennung von Berufsausbildungen in den Ländern der Ostseeregion gefördert sowie die Qualität der Berufsausbildung in der Region auf der Grundlage bewährter Verfahren, entsprechender Forschungsergebnisse und des zukünftigen Bedarfs der Gesellschaft weiterentwickelt werden.

Daneben konstatierte die Ostseeparlamentarierkonferenz die Notwendigkeit, Hindernisse so weit wie möglich zu beseitigen, die der Mobilität von Arbeitnehmern und Unternehmen entgegenstehen. Hierzu zählt, die Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen und den vorhandenen grenzüberschreitenden Informationszentren aktiv zu unterstützen sowie Konzepte zu entwickeln, um besonders benachteiligten Gruppen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Das „Baltic Sea Labour Forum“ (BSLF) als eine Plattform für den Erfahrungsaustausch soll unterstützt werden. Außerdem soll die Zusammenarbeit bei Modernisierung und Innovation gefördert und sich dabei auf das Wachstum von Schwerpunktbereichen und langfristig auf die Etablierung regionaler Partnerschaften konzentriert werden. Es wird gefordert, mithilfe eines regionalen Direktinvestitionsfonds und aktiver Bildungsmaßnahmen ein Netzwerk für Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor als Plattform für nachhaltiges Wachstum zu schaffen. Die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus an Land und auf dem Meer soll unterstützt werden. Es soll die Unterstützung der Programme für Kommunen im Hinblick auf kommunale Strategien für den Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels geleistet werden. Daneben wird für erforderlich gehalten, die Maßnahmen zur Gewinnung umfassenderen Wissens über Art und Umfang neuer Formen des Menschenhandels zu fördern und die gesetzlichen und operativen Mittel zur Feststellung und Bekämpfung dieser Formen des Menschenhandels zu stärken.

Es wurde dem Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für das Jahr 2013 zugestimmt. Darüber hinaus wurde dem Regionalrat von Skane (Schweden) der Beobachtungstatus gewährt. Die 22. Ostseeparlamentarierkonferenz wird vom 25. bis 27. August 2013 in Pärnu, Estland, stattfinden.

Konferenzablauf der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz, 26. bis 28. August 2012 in Sankt Petersburg

Nach Eröffnung der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz durch den Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsduma **Ivan Melnikov** begrüßte die Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der BSPC **Valentina Pivnenko** die Gäste und erklärte, dass die bisher gewonnenen Erfahrungen sowie die erzielten Erfolge dem Wohle der Ostseebevölkerung dienen würden. Sie sei fest davon überzeugt, dass die Ergebnisse der 21. BSPC wirksam umgesetzt würden. Außerdem hob Pivnenko hervor, dass an der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz erstmals Vertreter der Europäischen Jugendparlamente teilnahmen. **Vyacheslav Makarov**, Präsident der Nationalversammlung von Sankt Petersburg, erinnerte die Konferenz an die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Visaabschaffung zu diskutieren sowie gemeinsame Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Der Stellvertretende Präsident der Nationalversammlung von Sankt Petersburg, **Vadim Tiulpanov**, begrüßte die Konferenz im Namen der Vorsitzenden des Russischen Föderationsrates, Valentina Matvienko. Ebenso wurde die Konferenz im Namen des russischen Außenministers Sergey Lavrov begrüßt. **Asad Gadzhiev**, Stellvertretender Vorsitzender der Parlamentsversammlung der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (BSEC), betonte die besondere Lage der Schwarzmeerregion und unterstrich die Notwendigkeit, mit der Ostseeregion zu kooperieren.

Erster Sitzungsabschnitt: Parlamentarische Partnerschaft und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Ostseeregion

Valentina Pivnenko (Vorsitzende der BSPC) erklärte einleitend, dass die Russische Präsidentschaft der Ostseeparlamentarierkonferenz sowie im Ostseerat (CBSS) 2012 symbolisch für die Zusammenarbeit sei. Die gleichberechtigte Teilnahme von Staaten der Europäischen Union sowie von Nicht-EU-Staaten leiste einen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Ostseeregion. Pivnenko führte die Leitlinien der Russischen Präsidentschaft in der BSPC auf. Diese seien der Ausbau regionaler Partnerschaften, insbesondere in Bezug auf Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung, die Entwicklung der Partnerschaft in den Bereichen Modernisierung und Innovationen, Investitionsförderung durch Schaffung eines Netzwerkes für Public Private Partnerships sowie die Verbesserung von Kooperationsmöglichkeiten unter Universitäten im Ostseeraum. Die Zusammenarbeit im Bereich der Forschungen sei eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion. Durch gemeinsame Bemühungen um die Bekämpfung der Eutrophierung, die Förderung von Nachhaltigem Wachstum und Energieeffizienz, die Sicherheit der friedlichen Nutzung der Kernenergie sowie den Infrastrukturausbau könne das Ökosystem Ostsee besser bewahrt werden. Die Entwicklung des Tourismus sei von Bedeutung, sie pflege das gemeinsame Kulturerbe und verstärke das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den baltischen Völkern. Die Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheitswesen und soziales Wohlergehen sei die Grundlage für eine stabile soziale Wohlfahrt. Außerdem sei es notwendig, Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität und der Korruption zu ergreifen, um die baltische Region zu einem sicheren Raum zu machen. Ebenso sprach Pivnenko in ihrem Bericht das Thema der Visafreiheit zwischen Russland und den EU-Ostseestaaten an. Es sei wichtig, Handlungsempfehlungen wie beispielweise den HELCOM-Ostseeaktionsplan sowie die EU-Ostsee-strategie einzuhalten. In diesem Zusammenhang erklärte Pivnenko, dass Russland den Anforderungen der EU-Ostsee-strategie lediglich im Kontext der russischen Nordweststrategie 2020 folgen könne, da die EU-Ostsee-strategie rechtlich gesehen keine internationale Geltung habe und damit keine rechtliche Wirkung für Russland habe. Sie informierte die Konferenz über das baltische Atomkraftwerk-Projekt. Es handle sich um ein strategisch wichtiges Objekt nicht nur für Russland, sondern auch für den ganzen baltischen Raum, an dessen Umsetzung erstmals auch ausländische Investoren teilgenommen hätten. Darüber hinaus leiste das internationale Ferienlager „Baltisches Artek“ einen Beitrag zum Ausbau der Zusammenarbeit und fördere die Initiative junger Menschen. In Bezug darauf erwähnte Pivnenko, dass an der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz erstmals Jugendvertreter der Mitgliedsstaaten des Ostseerates teilnahmen.

Serguey Petrovich (stellvertretender Direktor der 2. Europaabteilung, Außenministerium, Vorsitzender des Ausschusses Hoher Beamter des Ostseerates, Russland) trug der Konferenz die Leitlinien der Russischen CBSS-Präsidentschaft 2012/2013 vor. Die Hauptaufgabe der russischen Präsidentschaft sei es, neue Impulse für die multilaterale Zusammenarbeit zu geben sowie die führende Rolle der CBSS auf dem Gebiet der Entwicklung der regionalen Partnerschaften beizubehalten.

Der russische Vorsitz verfolge unter anderem drei weitere Prioritäten: den Ausbau der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Ostseeländern in den Bereichen Modernisierung und Innovationen mit Schwerpunkt Wachstumscluster, den Aufbau eines Netzwerkes für Public Private Partnerships mit dem Ziel, dieses durch die Einrichtung eines regionalen Fonds für Direktinvestitionen zu koordinieren, die Förderung von Toleranz zur Bekämpfung von Radikalismus und Rechtsextremismus in der Ostseeregion sowie den Ausbau der interregionalen Mobilität durch schrittweise Beseitigung von Visaregelungen im Ostseeraum. Den langfristigen Empfehlungen aus der Riga Deklaration von 2008 zufolge führte Petrovich die vorrangigen Bereiche für Russland auf. Dazu gehöre die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der südöstlichen Ostseegebiete, im Besonderen des Kaliningrader Gebiets. Bezug nehmend auf die Ausbildung und Kultur solle man weiterhin die regionalen Forschungs- und Ausbildungsinitiativen im Rahmen der „Eurofakultät“ fördern. Die Nutzung erneuerbaren Energien sowie die staatlich geförderten Aktivitäten zur Reduzierung des Ausstoßes der Treibhausgase seien wichtige Schwerpunkte im Energiebereich. Die Bekämpfung des Menschenhandels sowie verschiedener Formen von Kinderausbeutung bezeichnete Petrovich als Themen mit hoher Priorität für die russische CBSS-Präsidentschaft 2012/2013.

Gerhard Almer (Botschafter der Deutschen CBSS-Präsidentschaft 2011/2012, Auswärtiges Amt, Bundesrepublik Deutschland) berichtete über die Ergebnisse der deutschen Ostseeratspräsidentschaft. Im Rahmen der Modernisierungspartnerschaft für den südöstlichen Ostseeraum habe das Kaliningrader Gebiet besondere Aufmerksamkeit verdient. Unter anderem sei ein Programm für die weitere Entwicklung der südlichen Ostseeregion beschlossen worden, deren Themenschwerpunkte die Bereiche Tourismus, der Ausbau von Public Privat Partnership sowie Hochschul- und Wissenschaftszusammenarbeit seien. Daneben seien Maßnahmen im Bereich Tourismus, insbesondere im Kreuzfahrttourismus, ergriffen worden, von deren Erfolg alle Ostseeanrainer profitieren würden. Des Weiteren seien durch die Vertiefung der Integration des Ostseerats konkrete Programme in den Bereichen Gesundheit, Zivilschutz und Umweltschutz vereinbart worden. Ostseerat und Nördliche Dimension dienten nun als Plattform für die Kooperation mit Drittstaaten in der Ostseeregion. Almer hob die Zusammenarbeit auf lokaler Ebene hervor, die einen Beitrag zur besseren Identifizierung der Menschen mit der Geschichte sowie mit der Kultur im Ostseeraum geleistet habe. Die deutsche CBSS-Präsidentschaft lege großen Wert auf gemeinsame Aktivitäten im Bildungsbereich. Hierzu zähle die Einbeziehung der jungen Generation. Ein gutes Beispiel dafür sei das erste Treffen des „Ostseeparlaments der Jugend“ in Berlin 2012. Bezug nehmend auf die regionale Integration werde die Visafreiheit im kleinen Grenzverkehr zwischen dem russischen Oblast Kaliningrad und Polen weiter zum Zusammenwachsen der Region und zur Vereinfachung des Lebens der Menschen vor Ort beitragen. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stelle eine große Herausforderung für die Ostseestaaten dar. Das während der deutschen CBSS-Präsidentschaft gegründete „Baltic Sea Labour Forum“ könne nicht nur das Problem der Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen, sondern auch drängende Fragen nach Fachkräftemangel angehen. Neben den genannten Schwerpunkten habe die deutsche Präsidentschaft auch Aktivitäten in anderen langfristigen Schwerpunktbereichen in den Feldern Umweltschutz und Energiepolitik, Meerespolitik, Zivile Sicherheit und Bekämpfung des Menschenhandels aktiv vorangetrieben. Almer bemerkte abschließend, er sei fest davon überzeugt, dass der Kurs des Ostseerates auch unter russischer Präsidentschaft in die richtige Richtung weise.

Anatoly Zabrodin (Leiter der Grenzschutzabteilung der Bundesagentur für Sicherheit der Russischen Föderation FSB, Russland in Sankt Petersburg und der Region Leningrad) berichtete über die übergrenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Leitlinien seien die Gewährleistung der internationalen und nationalen Sicherheit, der Ausbau von Partnerschaften mit den anderen Ostseestaaten zum allseitigen Nutzen, die gegenseitige Anerkennung der Souveränität, die Unverletzlichkeit staatlicher Grenzen und die friedliche Lösung der Grenzfragen. Zabrodin wies auf den Rückgang illegaler Einwanderung in der Region in den letzten Jahren hin. Im Rahmen der bilateralen und multilateralen Partnerschaften arbeite die Grenzschutzabteilung eng mit anderen Organisationen, wie beispielsweise der „Baltic Sea Region Border Control Cooperation“ (BSRBCC) oder dem „North Pacific Coast Guard Forum“ (NPCGF), zusammen. Der Informationsaustausch betreffe insbesondere die Themen illegale Migration, illegaler Waffen- und Drogentransport, internationaler Terrorismus und Überwachung des Schiffsverkehrs. Jeder Staat in der Ostseeregion verfüge über ein regionales Zentrum zur Koordination der Zusammenarbeit. In Russland gebe es regionale Zentren in Sankt Petersburg und Kaliningrad, das internationale Zentrum liege in Dänemark. Im Rahmen der Zusammenarbeit würden gemeinsame maritime Übungen zur Überwachung, zur Suche und Rettung von Menschen in Seenot durchgeführt. Abschließend hob Zabrodin hervor, dass die Bereitschaft, die Sicherheit in der Region zu gewährleisten, die Hauptaufgabe für alle Akteure im Ostseeraum sein solle.

Pavel Burtsev (Stellvertreter des Direktors der Oktober-Eisenbahn in Russland) präsentierte die Verkehrsinfrastruktur der Oktober-Eisenbahn im Zuge des Ausbaus der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen im Nordwestlichen Föderationskreis. Einleitend erklärte Burtsev, dass die Oktober-Eisenbahn über das längste Streckennetz im Nordwesten Russlands verfüge, und damit eine bedeutsame Rolle für die Region spiele. Es sei notwendig, den Passagierschnellverkehr sowie die Infrastruktur an den Grenzübergängen und in den Häfen auszubauen. Den Prognosen des Russischen Instituts für wirtschaftliche Transportentwicklung zufolge werde bis 2020 eine steigende Dynamik beim Warenumsatz in den russischen Ostseehäfen Ust-Luga, Wyborg, Murmansk, Sankt Petersburg und Primorsk erwartet. Er hob die wichtige Rolle des Baus von Eisenbahnstrecken für den internationalen Passagierverkehr, wie beispielweise die Hochgeschwindigkeitszüge „Allegro“ zwischen Russland und Finnland, hervor. Perspektiven für die weitere Entwicklung sah Burtsev in der Eröffnung neuer Eisenbahnverbindungen in Richtung Finnland sowie im Einstieg in die Transport- und Logistikmärkte. Herausforderungen stellten ineffiziente Zollkontrollverfahren, die unterentwickelte Logistikinfrastruktur, die Pünktlichkeit von Lieferungen sowie die Kompetenz der Mitarbeiter dar. Künftige Investitionen würden die Kapazität der Eisenbahninfrastruktur wesentlich erhöhen. Die Errichtung und der Ausbau von Containerumschlagplätzen könnten dazu ebenso einen Beitrag leisten. Burtsev unterstrich, dass weitere Fortschritte nur auf der Grundlage der gegenseitigen Unterstützung und Zusammenarbeit möglich seien.

Ugne Kripaviciute (Vertreterin der Baltic Sea Youth Session des Europäischen Jugendparlaments) bedankte sich bei den Parlamentariern für die Einladung zur 21. Ostseeparlamentarierkonferenz. Kripaviciute beschrieb die Struktur und die Arbeitsweise des ersten Jugendtreffens zur Ostseeregion 2012 in Berlin. Sie rief die Konferenz auf, weiter mit den Jugendlichen zu kooperieren und ihnen die Gelegenheit zu geben, gemeinsam mit den Politikern Entscheidungen herbeizuführen.

Die Nördliche Dimension und die EU-Strategie für die Ostseeregion

Jacek Protasiewicz (Vizepräsident des Europäischen Parlaments) berichtete über die Umsetzung der EU-Ostseestrategie. Die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz habe der Ostseestrategie eine hohe Priorität eingeräumt. Protasiewicz führte die inhaltlichen Schwerpunkte des Aktionsplans auf: Ausbau des Verkehrsnetzes, Energiemärkte in den Regionen sowie Forschungs- und Unternehmensaktivitäten. Es sei eine deutlich positive Entwicklung bei der Umsetzung der Strategievorgaben sowie deren Bewertung zu sehen. Da die Umsetzung der EU-Strategie durch verschiedene Akteure im Ostseeraum dezentral erfolge, sei die Beteiligung von Russland ebenso von großer Bedeutung. Außerdem seien immer mehr Nichtregierungsorganisationen in die Aktivitäten der Ostseestrategie involviert. Es bestehe die Notwendigkeit, eine klare Kompetenzverteilung zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten vorzunehmen. In Bezug darauf wies die EU-Kommission auf eine stärkere Kohäsion zwischen allen an der Umsetzung der EU-Ostseestrategie beteiligten Akteuren hin, insbesondere im Verkehrsbereich. Mit Hinweis darauf, dass die Ostseestrategie über keine eigene Finanzierung verfüge, stellte Protasiewicz die Notwendigkeit dar, vorhandene Strukturen, Instrumente sowie aktuelle Förderungsprojekte zu bearbeiten und diese besser zu koordinieren. Anschließend sprach Protasiewicz das Thema der Einführung der Visafreiheit für Russland an. Die ersten Schritte seien in diese Richtung bereits unternommen worden. Die EU-Kommission habe zugestimmt, eine 30 Kilometer umfassende visafreie Verkehrszone entlang der polnisch-russischen Grenze auf 50 Kilometer zu erweitern.

Stanislav Lazovsky (Vereinigung Nordwestrusslands) berichtete über die Entwicklung der baltischen Region im Rahmen der Kooperation der Europäischen Union und der Russischen Föderation. Die Ostseeregion sei eine Makroregion, mit der die EU und Russland über eine gemeinsame Geschichte, Kulturidentität, aber auch Probleme verbunden seien. Die Optionen der Nordwestrussland-Entwicklungsstrategie 2020 und der EU-Ostseestrategie könnten für die Entwicklung der Region synchronisiert werden. Lazovsky fasste kurz die Hauptziele des Aktionsplanes der EU-Ostseestrategie 2009 sowie die Änderungen aus dem Jahr 2011 zusammen. Ebenso präsentierte Lazovsky das Konzept der Nordwestrussland-Entwicklungsstrategie 2020. Ziel sei die Festlegung von strategischen Prioritäten für die Entwicklung der Region in den Bereichen Verkehr, Energie, Industrie sowie Sozialinfrastruktur. Unterschiedliche Handlungsempfehlungen seien ausgearbeitet worden. Diese beträfen gemeinsame Projekte sowie nicht in den Strategien festgeschriebene Aktionen. Die zweite Dimension beziehe sich auf die Abstimmung der inhaltlichen Schwerpunkte der Strategien, nämlich nachhaltige Entwicklung, Wohlstand, Verkehr und Energieangelegenheiten. Lazovsky lud die Parlamentarier zur 8. Konferenz „Grenzüberschreitende Kooperation zwischen Russland, Norwegen und der Europäischen Union“ in der russischen Stadt Pskov im September 2012 ein.

Jaakko Henttonen (Manager der Umweltpartnerschaft in der Nördlichen Dimension (NDEP), Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) begrüßte die Teilnehmer und erläuterte die Themenschwerpunkte der Nördlichen Dimension bezüglich des Umweltschutzes im Rahmen der EU-Ostseestrategie. Diese seien die Durchführung von gemeinsamen Aktivitäten mit den Nicht-EU-Staaten zur Reduzierung der Eutrophierung, intensive Zusammenarbeit mit Russland zur Umsetzung des HELCOM-Aktionsplans, Ausbau der partnerschaftlichen Beziehungen mit Weißrussland sowie Bereitstellung finanzieller Mittel für die Schwerpunktaktionen.

Dabei hob Henttonen die Kooperation mit Weißrussland als ein neues Gebiet hervor und wies dabei auf die Notwendigkeit einer effektiveren Abwasserbehandlung in Russland und Weißrussland hin. Die NDEP stelle gegenwärtig durch Förderung seitens der internationalen Finanzeinrichtungen für 28 Umweltschutzprojekten Finanzmittel in Höhe von 120 Mio. Euro zur Verfügung. Die Maßnahmen umfassten den gesamten Ostseeraum. Im Besonderen würden gegenwärtig Projekte im Gebiet Sankt Petersburg durchgeführt.

Mika Boedeker (Leiter des Büros des Nordischen Ministerrats (Nordic Council) in Sankt Petersburg) sprach über die Kooperation zwischen dem Nordischen Ministerrat und Russland. Er stellte den organisatorischen Aufbau des Nordischen Ministerrates dar. Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit Russland seien die Bereiche der Kooperation öffentlicher Verwaltungen, Forschungs- und Bildungsprojekte, die Kooperation im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung der Ostseeregion, die Unterstützung und Förderung der Zivilgesellschaft in Russland sowie Praktika für russische Studierende an Universitäten in den nordeuropäischen Ländern. Für die Jahre 2012/2013 würden die gemeinsamen Aktivitäten in den Bereichen Wirtschaft, Unternehmertum und Firmengründung, Nachhaltiges Wachstum, Wohlfahrt und Zivilgesellschaft sowie Kulturvielfalt und Kreativität durchgeführt. Boedeker beschrieb Nachhaltiges Wachstum als eines der wichtigsten Gebiete für die Zusammenarbeit mit Russland. Er gab einen Überblick über die aktuellen Projekte. In Bezug auf den Wirtschaftsbereich stellte Boedeker das Projekt „Korporative Sozialverantwortung und Antikorruption“ vor. Bekämpfung des Menschenhandels, Fachkräfteaustausch im Bereich der AIDS/HIV-Prävention, Durchführung von Jugendaustauschprogrammen seien Schwerpunkte für die Kooperation im Bereich Wohlfahrt und Zivilgesellschaft. Boedeker brachte seinen Wunsch nach einem Ausbau der Partnerschaften auch mit anderen Regionen des Ostseeraums zum Ausdruck.

Darya Akhutina (Vorsitzende des Forums der Nichtregierungsorganisationen (NGO) zur Ostseeregion) erklärte, dass das NGO-Netzwerk zur Ostseeregion als Plattform für die NGO-Foren diene, aber auch die Gelegenheit für einen konstruktiven Dialog über die relevante Themen zwischen NGO-Foren und Regierungen ermögliche. Inhaltliche Schwerpunkte des NGO-Forums zur Ostseeregion seien Umwelt, Fürsorge und Gesundheitswesen, Kultur und Bildung, Menschenrechte, Forschung im Bereich der Politikwissenschaft sowie Ausbau der Jugendkooperationsmöglichkeiten in der Ostseeregion. Als wesentliche Hindernisse führte Akhutina die mangelnde Zusammenarbeit mit den Nationalregierungen sowie die schwache Einbeziehung in die Entscheidungsfindung, einen Mangel an einer permanenten und systematischen Finanzunterstützung, Bürokratie, Mangel an Informationsaustausch sowie den beschränkten Zugang zu bestehenden Informationsquellen auf. Darüber hinaus bestehe großer Bedarf an der Schaffung eines gemeinsamen Finanzierungsinstruments zur Programmförderung. In Bezug auf die bestehenden Herausforderungen im Ostseeraum erläuterte Akhutina eine Reihe von aktuellen Projekten zum Umweltschutz. Nachhaltige Logistik spiele eine wichtige Rolle für den weiteren Ausbau des Verkehrsnetzes im Ostseeraum. Demokratische Werte seien nicht nur ein wichtiges Instrument dafür, sondern gewährleisteten auch Stabilität und wirtschaftliches Wachstum.

Debatte

In der abschließenden Debatte sprach die dänische Seite das Thema der Abschaffung der Visapflicht an und wies darauf hin, dass die Europäische Union die Bereitschaft angekündigt habe, die bestehenden Regelungen weiter zu erarbeiten, dennoch gebe es nun weitere Anforderungen seitens Russland, die die Arbeit hindere. Meinungsfreiheit sei ein unabdingbarer Bestandteil für jeden Dialog. So könne man sich auf eine gemeinsame Lösung in einer demokratischen Gesellschaft verständigen. Als Parlamentarier solle man sich dieser Werte bewusst sein.

Von isländischer Seite wurden die Parlamentarier aufgefordert, die grenzüberschreitende parlamentarische Zusammenarbeit zu fördern und der bestehenden Gefahr von Terroranschlägen aktiv entgegenzutreten. Die Sicherheitsmaßnahmen der Regierungen der Ostseeländer wurden gelobt. Das Recht der freien Meinungsäußerung sei eine wichtige Voraussetzung für die stabile Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft. In diesem Zusammenhang zeigte sich der Vertreter Islands besorgt über das Schicksal der russischen Punkgruppe Pussy Riot und brachte seine tiefe Enttäuschung über das Urteil zum Ausdruck.

Von finnischer Seite wurde erklärt, dass die Entwicklung der Arktis eine große Herausforderung für den gemeinsamen Wohlstand im Ostseeraum darstelle. Es sei notwendig, die Kooperation mit dem Nördlichen Rat auf allen Ebenen zu verstärken, sowie neue Strukturen einzubeziehen. Finnland stimmte mit der Delegation aus Island überein, dass das Urteil in Bezug auf den Auftritt der russischen Punkgruppe Pussy Riot zu hart sei. Man müsse Vorurteile bekämpfen und sich für demokratische Werte einsetzen.

Von russischer Seite wurde zunächst die Frage nach der weiteren Entwicklung der Demokratie in der Ostseeregion in Bezug zu den Urteilen in den Fällen von Assange und Breivik angesprochen. Die Mitglieder der Nördlichen Dimension sollten ihre Anstrengungen stärker auf die Finanzierung von Projekten richten, damit diese größere Bedeutung erlangen. Die russischen Vertreter erwähnten auch die Initiative des Gouverneurs zur Gründung der Arktischen Allianz. Die Arktis sei ein weites Feld mit einer Reihe von gemeinsamen Kooperationsmöglichkeiten.

Franz Thönnies unterstrich die Bedeutung der Einbeziehung junger Menschen in die Strukturen der Ostseeparlamentarierkonferenz. Man müsse verstärkt im Rahmen der Abschaffung der Visapflicht zusammenarbeiten. Grundlage der Partnerschaft seien demokratische Werte. Thönnies äußerte sich im Namen aller deutschen Delegationen zum Urteil gegen die russische Band Pussy Riot und gab an, das Urteil werde als unverhältnismäßig angesehen.

Vonseiten eines schwedischen Vertreters wurde angeführt, dass die nördlichen Länder eine Vorbildfunktion im Bereich der nachhaltigen Meereseentwicklung einnehmen. Trotz der wirtschaftlichen Krise sei Wachstum in Lettland und Polen zu sehen. Daher erscheine es möglich, weitere Maßnahmen zu ergreifen, durch die mehr Arbeitsplätze im Ostseeraum entstehen könnten. Im Rahmen der Kooperation dürfe man Russland nicht aus dem Prozess ausschließen, denn es sei eines der wichtigsten Partnerländer.

Valentina Pivnenko (Vorsitzende der BSPC) führte noch einmal die gemeinsamen Themenschwerpunkte für die Konferenz, wie beispielweise grenzüberschreitende Partnerschaft, Zusammenarbeit im Rahmen der Kooperation mit der Nördlichen Dimension, Abschaffung der Visumpflicht, auf. Die Förderung von Kultur und Toleranz stelle eine ebenso hohe Priorität für die russische BSPC-Partnerschaft dar. In diesem Zusammenhang ging Pivnenko auf das Urteil zur russischen Band Pussy Riot ein und gab an, die Legislative sei in Russland eine unabhängige Gewalt. Das Urteil sei daher rechtsstaatlich gesehen vollkommen korrekt.

Zweiter Sitzungsabschnitt: Umweltgesundheit und Zusammenarbeit in Energiefragen

Status des HELCOM Ostseeaktionsplanes (BSAP)

Vladimir Lotsov (Direktor der Abteilung für wirtschaftliche Politik im Apparat des bevollmächtigten Vertreters des Präsidenten der Russischen Föderation im Nordwestlichen Föderationskreis) erklärte, dass der HELCOM Aktionsplan sowie die EU-Ostseestrategie eine entscheidende Rolle für die Weiterentwicklung des Ostseeraums spielten. Die Umsetzung des HELCOM-Aktionsplans erfolge in Russland im Rahmen eines nationalen Programmes zur Wiederherstellung des Ökosystems im Baltischen Raum. Es würden entsprechende Maßnahmen in den Bereichen Eutrophierung, Gefahrstoffe, Artenvielfalt und Umweltschutz, Aktivitäten auf dem Meer sowie Überwachung, Erhöhung des gesellschaftlichen Bewusstseins und ökologische Bildung unternommen. Über den Stand der Umsetzungsmaßnahmen werde ausführlich auf dem Ministertreffen 2013 berichtet. Lotsov sei sicher, dass die gemeinsamen Aktivitäten einen stabilen und sicheren Zustand des Ostseeraums für die nächsten Generationen schaffen könnten.

Helle Pilsgaard (Vorsitzende der HELCOM) erläuterte die Prioritäten der dänischen HELCOM-Präsidentschaft 2012/2014, zu denen an erster Stelle die effektive Umsetzung des Ostseeaktionsplans zähle. Dies bedeute, den ökologischen Wohlstand zu gewährleisten. Dies sei ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg, einen guten Umweltzustand der Ostsee wiederherzustellen. Pilsgaard erinnerte, dass dem HELCOM-Ostseeaktionsplan auf dem HELCOM-Ministertreffen 2010 in Moskau zugestimmt worden sei. Während der dänischen HELCOM-Präsidentschaft werde bei der Umsetzung den Bereichen Maßnahmen gegen Eutrophierung, Förderung der Artenvielfalt sowie maritimen Aktivitäten Vorzug gegeben werden. Die dänische HELCOM-Präsidentschaft werde intensiv an der Bewertung gewonnener Ergebnisse arbeiten, um diese als Grundlage für das HELCOM-Ministertreffen 2013 vorzustellen. Des Weiteren würden die Bereiche gefördert werden, die den letzten Bewertungen von 2011 zufolge nicht den erwünschten Standard erreicht hatten. Insbesondere gelte dies für die Abwasserentsorgung sowie für die Reduzierung der Einbringung biogener Stoffe in die Ostsee. So gelte es, den Polyphosphateinsatz in synthetischen Reinigungsmitteln zu reduzieren. Es gelte, Synergien zwischen allen beteiligten Akteuren zu schaffen. In diesem Zusammenhang unterstütze die dänische HELCOM-Präsidentschaft Aktivitäten der HELCOM-VASAB-Zusammenarbeit sowie der EU-Forschungsprojekte. Dank solch einer Zusammenarbeit könne Doppeltarbeit vermieden werden. Die Entwicklung strengerer Regeln für die Abwasserentsorgung von Schiffsabwässern stelle eine besondere Herausforderung dar.

Christina Gestrin (Abgeordnete des finnischen Parlaments, gemeinsam mit Sylvia Bretschneider HELCOM-Beobachterin der BSPC) berichtete über den Stand der Umsetzung des Ostseeaktionsplans und betonte den weiteren Handlungsbedarf. Von großer Bedeutung seien für HELCOM die Projekte zur Verbesserung der Abwasseraufbereitung sowie die Initiativen zum Verbot der Nutzung von Polyphosphaten in synthetischen Wachsmitteln. Gestrin drängte die Regierenden, die im Jahr 2007 in Krakau angenommenen Verpflichtungen aus dem HELCOM-Aktionsplan umzusetzen. Viele Projekte würden im Rahmen der EU-Ostseestrategie gefördert, beispielweise das Projekt „BALTHAZAR“ zur Verminderung der Eingabe biogener Stoffe in die Ostsee. In Rahmen des Projektes sei es gelungen, große Phosphormengen im Fluss Luga in der Umgebung von Industrieanlagen in der russischen Stadt Kingisepp festzustellen. Gestrin zeigte sich besorgt darüber, dass viele Festlegungen seit der im Mai 2010 in Moskau abgehaltenen Ministerkonferenz nicht erreicht worden seien. Sie erklärte, dass es in Bezug auf die festgeschriebenen Ergebnisse der Ministererklärung von 2007, die als politische Grundlage für die HELCOM-Staaten bis zur nächsten Ministerkonferenz gelte, viele Initiativen, wie beispielweise die Einführung der Ausweisung der Ostsee als Stickoxid-reduzierte Zone (NECA) gebe, die verschoben werden mussten. Die Ministerkonferenz 2013 solle ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der HELCOM werden. Gestrin forderte, politische Handlungen inhaltlich mit der Zielstellung des HELCOM-Aktionsplans abzustimmen. In Bezug darauf rief sie die Regierungen auf, den HELCOM-Aktionsplan umzusetzen, um einen guten Zustand der Ostsee bis 2020 wiederherzustellen. Die Ostseestaaten sollten die Reduzierung der Emissionen von Stickstoff und Phosphor sowie einen umweltfreundlichen Schiffsverkehr anstreben. Ebenso sei es erforderlich, auf Ölnfälle und mögliche Naturkatastrophen vorbereitet zu sein. Der Informationsaustausch im Bereich Best Practice und die gegenseitige Unterstützung in Forschungsprojekten seien von großer Bedeutung. HELCOM werde seine Aktivitäten vorwiegend auf die Umsetzungsmaßnahmen des Ostseeaktionsplanes sowie auf die Erarbeitung neuer Empfehlungen konzentrieren. Abschließend erwähnte Gestrin, dass es Aufgabe der BSPC sei, die politische Unterstützung zur Gestaltung eines gesunden Ostseeraums zu gewährleisten sowie darauf hinzuwirken, dass die Ostseestaaten ihre Verantwortung beim Umweltschutz wahrnehmen.

Nachhaltiger Tourismus in der Ostseeregion

Prof. Dr. Mathias Feige (Geschäftsführer, Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr) beschrieb das Konzept des nachhaltigen Tourismus, für das etwa Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiges Beispiel sei. Die Ostseeregion habe gegenwärtig das stärkste Tourismuswachstum im Vergleich zu allen Küstenregionen Europas. Es gebe gute Perspektiven für die weitere Tourismusedwicklung. Die EU-Ostseestrategie räume dem Tourismusbereich Priorität ein. Der Ostseerat (CBSS) unterstütze aktiv eine nachhaltige Tourismusedwicklung durch das Baltic-21-Netzwerk. In diesem Zusammenhang konstatierte Feige, dass zusätzliche Maßnahmen für den Tourismusausbau in der Ostseeregion unerlässlich seien. Es sei notwendig, das Kultur- und Naturerbe in der Region, die Bündelung von Netzwerkbildungen und touristischen Interessensgruppen, nachhaltige Landausflüge von Kreuzfahrtveranstaltern sowie ländlichen Tourismus, insbesondere in die Küstenregionen, zu fördern. Im Hinblick auf die gegenwärtig mangelnde finanzielle Förderung der Tourismusprojekte wies Feige darauf hin, dass es ab 2014 in der neuen EU-Förderperiode für stärker entwickelte Regionen keinen eigenen Korridor für Tourismus geben werde.

Der Fokus Nachhaltigkeit biete gute Chancen für branchenübergreifende Kooperationsprojekte. Feige erklärte, dass der Tourismus zu einer Schlüsselindustrie für die Ostseeregion mit hohen Einkommens- und Beschäftigungseffekten in den Ländern und Regionen entwickelt werden solle. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass es gegenwärtig möglich sei, im Bereich des nachhaltigen Tourismus Arbeitsplätze zu schaffen. Die gemeinsamen Ziele für die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus im Ostseeraum sollten bewusster gesetzt und deren Umsetzung durch zielorientierte, nachhaltige, politische Maßnahmen besser koordiniert werden.

Umweltzusammenarbeit

Frau Olga Rublevskaya (Staatsbetrieb „Sankt Petersburg Vodokanal“) gab einen Überblick über die Aktivitäten des Unternehmens zum Ostseeschutz. Das Sankt Petersburger Abwasserentsorgungssystem erfülle vier wichtige Aufgaben. Dies seien die Reduzierung der Auswirkungen durch Umweltverschmutzung, eine sichere Abwasserentsorgung, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Energieeinsparung und Sicherstellung des Zugangs zu Abwasserentsorgungsmöglichkeiten. Rublevskaya konstatierte, dass strenge Verpflichtungen zur Verbesserung der Wasserqualität auf Grundlage von Abkommen, wie beispielweise der 1992 Helsinki Konvention, getroffen wurden. Es sei ein deutlicher Rückgang der Umweltverschmutzung in der Region festgestellt worden. In diesem Zusammenhang erläuterte Rublevskaya die ergriffenen Maßnahmen zum einen besseren Ostseeschutz. Technologien zur Abwasserreinigung seien in Bezug auf die Eutrophierungsproblematik modernisiert und überprüft worden. Auch seien Forschungsarbeiten zur Entwicklung neuer Verarbeitungsmethoden von Stickstoff und Phosphor erstellt worden. Außerdem leiste das System des Abwasserkollektors einen Beitrag zur Verringerung der unbehandelten Abwässer. 2013 würden 97 % aller Abwässer über Kollektoren und weitere Klärmechanismen gereinigt werden. Darüber hinaus gebe es Alternativforschungsprojekte zum Einsatz neuer Reaktionsmittel für die Verbesserung der chemischen Abwasserreinigung. Rublevskaya berichtete über umweltfreundlichen Maßnahmen zur Reduktion des Klärschlammes aus Kläranlagen sowie über die Versiegelungsaktivitäten von Deponien im Stadtgebiet.

Maxim Shigarkin (Russische Staatsduma) berichtete über die dringende Notwendigkeit, Maßnahmen zur Beseitigung chemischer Waffe in der Ostsee zu ergreifen. Shigarkin fasste kurz die geschichtlichen Begebenheiten zusammen, die zur Lagerung chemischer Waffe in der Ostsee geführt haben. Circa 270.000 Tonnen chemischer Waffe seien in der Ostsee verklappt worden. Das größte Teil der Waffen liege in dänischen Gewässern. Nach Auffassung von Shigarkin sei die Ostseeparlamentarierkonferenz die beste Plattform für konkretes Handeln. Er präsentierte einen entsprechenden Aktionsplan. Aufgrund einer entsprechenden Ostseekonvention solle zunächst sichergestellt werden, welche chemischen Waffen verklappt worden seien. Er forderte Zugang zu den Lagerungskoodinaten der Waffen in den Archiven Deutschlands und der ehemaligen Alliierten. Außerdem müssten entsprechende Technologien zur Beseitigung und Bewertung der toxischen Stoffe entwickelt werden. Die Aufklärung der Bevölkerung über das Gefahrenpotenzial chemischer Waffen sei eine der wichtigsten Maßnahmen im Rahmen des vorgeschlagenen Aktionsplans. Darüber hinaus sei die Isolierung der Lagerungsstätten ein weiterer Schritt. Ebenso müsse man medizinische Forschungsarbeiten für den Schutz der mit der Entsorgung betrauten Menschen auf den Weg bringen. Diese Maßnahme müsse es sichergestellt sein, um die Sicherheit der Bürger in der Ostseeregion zu gewährleisten.

Sten Björk (Projektmanager, Hafen von Trelleborg) präsentierte das CleanShip-Projekt. Es werde von der Europäischen Union und anderen Organisationen der Region unterstützt und laufe bis Ende September 2013. Themenschwerpunkt sei es, die durch den Schiffsverkehr verursachte Verschmutzung auf dem See, in Häfen sowie in den Hafenstädten zu reduzieren. Es seien Arbeitsgruppen für den Einsatz in Häfen, für Kreuzfahrtschiffe sowie für den Brenn- und Treibstoff gebildet worden. Es gebe verschiedene Pilotprojekte und Best-Practice-Beispiele, die darauf abzielten, eine enge Kooperation zwischen allen Beteiligten herzustellen, Wissen über Best-Practice-Beispiele zu verbreiten und die Wasser- und Luftverschmutzung der Ostsee abzustellen. Björk begrüßte den geleisteten Beitrag von Partnerschaften zwischen den Häfen, Ostseestädten sowie anderen in das freiwillige CleanShip-Projekt einbezogenen Verbänden und Einrichtungen. Es sei sehr wichtig, dass die Akteure ein gemeinsames Verständnis hätten erreichen können. Björk wies darauf hin, dass die Ergebnisse aus den durchgeführten Studien zum Projekt besser seien als ursprünglich erwartet. Zum Abschluss seiner Ausführungen lud Björk die Parlamentarier zur Zwischenkonferenz des Projektes am 29. September in Riga ein. Auf der Konferenz würden unter anderem neue Treibstoffe, Programme zur Stromversorgung von Land sowie zur Entsorgung der Abwässer und Abgasen vorgestellt.

Evdokia Bychkova (Russischen Staatsduma, Leiterin des NGO- Regionalzentrums für Umweltpolitik und Kultur) hob die Bedeutung der Konferenz sowie derer enge Kooperation mit anderen Akteuren hervor. Sie konstatierte, dass das Bevölkerungswachstum nicht aufzuhalten sei und rief daher zur verantwortungsvollen und bedachten Nutzung der natürlichen Ressourcen auf. Aus diesem Grunde solle man einen einheitlichen Umwelt- und Kulturraum schaffen. Bychkova fasste die wesentlichen Schwerpunkte der Organisation zusammen. Parlamentarier sollten die Ideen der Umweltschützer unterstützen und gemeinsam mit ihnen einen einheitlichen Umweltbereich schaffen. Grundlage hierfür sei aber, eine ernsthafte Verpflichtung für eine effiziente nachhaltige Nutzung der Umwelt. Es gelte, einen Kompromiss zwischen dem Erhalt der Artenvielfalt und einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung zu finden. Mit Hinweis auf die Hauptaufgabe jeder parlamentarischen Versammlung, die nach Auffassung von Bychkova die Umsetzung von Ideen und Projekten sei, schlug sie der russischen Seite vor, eine russisch-skandinavische Innovations-Ökoplatteform zu etablieren. Diese solle einen Beitrag zur Umsetzung der Entscheidungen der Ostseeparlamentarierkonferenz leisten.

Energieeffizienz und nachhaltiges Wachstum

Yury Lipatov (Erster Stellvertretender Vorsitzender, Energieausschuss, Staatsduma, Russland) führte in die Thematik der Zusammenarbeit im Energiebereich zwischen Russland und Europa ein. Die gemeinsamen Aktivitäten förderten die verantwortungsvolle Nutzung der Energievorkommen sowie die Entwicklung nachhaltiger Technologien. Lipatov berichtete über die gesetzlichen Maßnahmen zur Förderung einer effizienten Energienutzung. Die wesentlichen Schwerpunkte des 2009 angenommenen Gesetzes über Energieeffizienz und Energieersparung seien das Verbot von Elektrogeräten mit hohem Energieeinsatz, Vorschriften für Verbrauchsmessung bei staatlichen Einrichtungen, Wohnungen und Privathäusern sowie der Erlass von Anforderungen für die Überwachung des Energieverbrauchs. Das Gesetz habe große Einwirkungspotenziale auf die sparsame Verwendung verschiedenster Energiequellen.

In den letzten Jahren habe sich die Politik sowohl auf die Energieeffizienz als auch auf Investitionen in die Energiewirtschaft konzentriert. Lipatov gab einen Überblick über errichtete Anlagen zur Energieerzeugung in den russischen Regionen sowie über deren Leistungssteigerung. Außerdem sei eine Plattform entwickelt worden, die unter Berücksichtigung der regional relevanten Themenschwerpunkte eine stärkere Dezentralisierung in den Energie-, Strom- und Wärmeversorgungssystemen anstrebe.

Hans Brask (Direktor des Baltic Development Forum - BDF) konstatierte, dass der Beitritt Russlands in die Welthandelsorganisation WTO eine gute Nachricht für die Weltwirtschaft, den Handel und den wirtschaftlichen Integrationsprozess im Ostseeraum sei. Wenn Russland Rechtssicherheit biete, seien die Möglichkeiten für nachhaltiges Wachstum sowie für ein besseres Investitionsklima gegeben. Er regte an, einen Bericht über die Auswirkungen des WTO-Beitritts Russlands auf die Länder der Region zu erarbeiten. Brask hoffe, dass sich der Güter- und Dienstleistungsverkehr zum Nutzen aller Mitgliedsstaaten weiterentwickle. Brask sei fest davon überzeugt, dass es Synergien und gemeinsames Interesse von Ostseeanrainern an Entwicklungs- und Investitionsprojekten geben könne. Das regionale Potenzial im Bereich der Energieeffizienz sei sehr groß. Es sei bereits nachgewiesen, dass ein niedriger Energieverbrauch nicht im Widerspruch zu hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten stehe. Der Austausch von Ideen und Wissen über erneuerbaren Energien sei unerlässlich. Nur durch stabile Wachstumsraten sei man in der Lage, nachhaltigerweise die Schuldenkrise zu überwinden. Mit Hinweis auf die Einschätzung der „Green Economy“ durch die EU als eine der wichtigen Triebkräfte in der „Europa 2020 Strategie“ konstatierte Brask, dass die Bedeutung der Branche während der gegenwärtigen Finanzkrise noch gestiegen sei. Er fasste zusammen, dass es viele gute Gründe gebe, die „Green Economy“-Agenda in den Ostseeländern umzusetzen. Die Nachfrage nach Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in EU-Staaten und Russland werde steigen. Das Baltic Development Forum versuche, Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit im Energiebereich zu entwickeln.

Elena Belova (Russische Programmkoordinatorin und Generalsekretärin des „Leontif Centres“, Internationales Zentrum für Sozial- und Wirtschaftsforschung, Sankt Petersburg) präsentierte das Projekt des Nordischen Rats „Grüne Arena des nachhaltigen Wachstums in den nördlichen Ländern und Nordwestrussland“. An dem Projekt beteiligten sich über 50 Partner aus den nördlichen Ländern. Das Projekt ziele auf die Einführung der Grundsätze des nachhaltigen Wachstums sowie auf die Verstärkung des Einflusses der regionalen und lokalen Behörden in Nordwestrussland ab. Grundlage dafür sei die Förderung von hochentwickelten Planungsstandards sowie der Einsatz wirksamer Modelle für nachhaltiges Wachstum aus den nordeuropäischen Ländern. Drei weitere Schwerpunkte seien die Schaffung von Strategien für den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft, die gemeinsame Durchführung von Pilotprojekten im Bereich eines nachhaltigen Tourismus und die Entwicklung von Innovationsclustern. Im Rahmen der drei Prioritätsbereiche werden verschiedene Pilotprojekte zur Entwicklung des nachhaltigen Wachstums in Nordwestrussland erarbeitet. Zum Abschluss ihrer Ausführungen gab Frau Belova einen Überblick über die aktuellen internationalen Foren und Veranstaltungen der Partnerschaft zu den Projekten in den Bereichen Innovations- und Entwicklungscluster sowie Integrationspotenzial der nördlichen Länder.

Valery Golubev (Stellv. Vorstandsvorsitzender, GAZPROM) berichtete über die Nutzung und Lieferung von Flüssiggas LNG. Er gab an, dass ab 2015 Regelungen zur Emissions-senkung durch die Internationale Seeschiffahrtsorganisation IMO für Schiffe in der Ostsee in Kraft treten werden. Dies bedeute, dass für die Einhaltung der Umweltaforderungen noch Vieles getan werden müsse, wie beispielweise die Modernisierung vieler Bereiche. Darüber hinaus gebe es Konkurrenz in Bezug auf die Verbrauchsmöglichkeiten des traditionellen Brennstoffes Schweröl und des LNG für den Seeschiffsverkehr. Golubev schlug die Erarbeitung einheitlicher technischer Standards für Häfen vor. Dies könne in Form einer Konvention erfolgen. In diesem Zusammenhang forderte er die Parlamentarier auf, nationale Gesetzgebungen in diesem Bereich zu harmonisieren. Golubev gab einen Überblick über regionale und internationale Gasförder-Lieferfirmen und deren Projekte in der Region. GAZPROM sei bereits in vielen Programmen involviert, wie beispielweise in den Ausbau der Terminals für die Betankung von Schiffen. Golubev beschrieb die möglichen Einsatzmöglichkeiten von LNG, das über die GAZPROM Stationen in der Ostseeregion vertrieben werden könne. Abschließend erinnerte Golubev die Konferenz daran, dass auf technischer Ebene noch Vieles getan werden müsse. Es bedürfe eines international abgestimmten Gesetzesrahmens, um auf einer einheitlichen Grundlage zusammenzuarbeiten.

Igor Zaikin (Leiter der Abteilung für Industriesicherheit, Ökologie und technische Arbeiten bei „LUKOIL“) erklärte einfürend, dass ein Anstieg der Ölförderung auf dem Kontinentalschelf von 50 Millionen Tonnen im Jahr 2015 bis auf 110 Millionen Tonnen im Jahr 2030 zu erwarten sei. In diesem Zusammenhang strebe LUKOIL an, einen Ausgleich zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen sicherzustellen. Die Schwerpunkte der Umweltschutzmaßnahmen seien die Gewährleistung sicherer Arbeitsbedingungen, die Erhaltung einer gesunden Umwelt, das Greifen des sogenannten „Null-Emissions-Prinzips“ bei der Erschließung neuer Ölfelder im Schelfbereich, die verantwortungsvolle Nutzung von Bodenschätzen durch den Einsatz von energieeffizienten Technologien, die Reduktion negativer Auswirkungen auf die Umwelt, die Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen in den Unternehmen sowie die Bereitstellung unterschiedlicher Notfallpläne. Den Normen zur Einhaltung des „Null-Emissionen-Prinzips“ liege eine HELCOM-Empfehlung zur Aktivität von Akteuren im Ostseeraum zugrunde. Er stellte auch die Struktur des ökologischen Überwachungssystems vor. LUKOIL überarbeite die erdölverarbeitenden Abläufe. Staatlich festgelegte technische Vorschriften für die Übergangsfristen zur Herstellung von Treibstoffen mit verbesserten Umwelteigenschaften würden eingehalten.

Daniil Algulyan (Vorsitzender des Lenkungsausschuss eines CBSS-Gremiums, Direktor der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW und KfW-IPEKS Bank GmbH in der Russischen Föderation) berichtete über die Finanzinitiativen des neuen Pilotprojekts zum Ausbau der regionalen Zusammenarbeit und der nachhaltigen Entwicklung in der Ostseeregion. Die Förderung von Umwelt- und Klimaschutzvorgaben und eine nachhaltiger Entwicklung seien die Schlüsselpunkte der Bankaktivitäten. Er stellte die Struktur der KfW IPEKS Russland dar: Die ursprünglichen Partner seien die „Vnesheconombank“ aus Russland und die KfW aus Deutschland. Die Bank habe das Mandat der Bundesregierung die Abwicklung technischer Entwicklungsprogramme für die östlichen und südlichen Länder zu begleiten. Seit der Unterzeichnung des sogenannten „Memorandum of Understanding“ (MoU) in Stralsund im Mai 2012 sei ein Förderungsprojekt für die russischen Teile der nordöstlichen Ostsee geplant.

Eine weitere Funktion der KfW sei die Ausrichtung von Konferenzen, Seminaren und Trainings. Im Rahmen der Public Private Partnerships werde in Sankt Petersburg ein Projekt zur Abfallbehandlung finanziert werden. Es sei ein technologisches Vorzeigeprojekt für die Stadt.

Cecilie Tenfjord-Toftby (Dänemark, Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“) stellte den Zwischenbericht der BSPC Arbeitsgruppe vor. Die Förderung des Wirtschaftswachstums und dessen Entwicklung sei der Ausgangspunkt für die Arbeitsgruppe gewesen. Zusammen mit Innovationen sei „Green Economy“ ein langfristiger Treiber für Wirtschaftswachstum. Grünes Wachstum und Effektivität seien wichtige Bedingungen für den Klimaschutz, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung. Angesichts ständiger Energiekostensteigerungen müsse ein vernünftiger Energieverbrauch gewährleistet sein. Die preiswerteste Kilowattstunde sei immer noch die nicht benötigte Kilowattstunde. Tenfjord-Toftby erläuterte sechs Empfehlungen der Arbeitsgruppe. Es bestehe die Notwendigkeit, das größte Energieforum der Ostseeanrainerländer „BASREC“ zu unterstützen, einen sicheren Zugang zum Wissen über Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz zur Verfügung zu stellen, finanzielle Instrumente und Initiativen im für die Steigerung der Energieeffizienz zu entwickeln, den Einsatz von Energieeffizienz im Gebäudebestand zu priorisieren, die Umsetzung von national angepassten verbindlichen Zielen zu fördern sowie das grüne Beschaffungssystem weiter zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe werde ihren Abschlussbericht auf der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz in Pärnu vorlegen. Abschließend brachte Tenfjord-Toftby ihre Hoffnung auf einen russischen Repräsentanten in der Arbeitsgruppe zum Ausdruck.

Debatte

In der abschließenden Debatte hob ein Vertreter der Åland-Inseln die Bedeutung der Zusammenarbeit für den Umweltschutz des Ostseeraums hervor. Er bezeichnete das Entsorgungsunternehmen Vodokanal in Sankt Petersburg als ein grenzübergreifendes Projekt von großer Bedeutung. Des Weiteren forderten die Vertreter der Åland-Inseln einen verantwortungsvollen Einsatz von Geldern sowie die Entwicklung strengerer Emissionsreduktionsvorschriften.

Ein Vertreter aus Schweden erläuterte mit Hinweis auf die Berichte von Helle Pilsgaard und Christina Gestrin, dass man stolz darauf sein solle, was man bereits im Bereich Energieeffizienz erreicht habe. Die Parlamentarier wurden ermutigt, die gemeinsame Verantwortung wahrzunehmen, ehrgeizig zu arbeiten und sicherzustellen, dass die richtigen Entscheidungen getroffen würden. Abschließend wurde daran erinnert, dass der Vertreter Schwedens daran, dass für die Entwicklung des nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion vor allen Dingen ein guter Umweltzustand wichtig sei.

Ein Vertreter Polens stimmte mit Maxim Shigarkin überein, dass das Thema der Lagerung von chemischen Waffen in der Ostsee eine große Gefahr darstelle. Man solle das Problem möglichst schnell angehen. Der Aktionsplan Russlands könne als Grundlage für weitere Aktivitäten dienen. Polnische Vertreter bekundeten ihr Interesse für eine Zusammenarbeit in diesem Bereich und schlugen im Namen des polnischen Parlaments vor, eine Arbeitsgruppe zur Problemlösung zu gründen. Es sei ebenso wichtig, Aktivitäten zur Bekämpfung möglicher terroristischer Aktivitäten zu erarbeiten.

3. Sitzungsabschnitt: Eine sichere und gesunde Ostsee

Vitaly Kluev (Vizevorsitzender, stellv. Direktor der Abteilung für Staatspolitik im Bereich Seeverkehr und Binnenschifffahrt im Ministerium für Verkehr der Russischen Föderation) präsentierte das System der maritimen Sicherheit allgemein und der Hafeninfrastruktur des Ust-Luga Hafengebietes. Der Schiffsverkehr werde über die Hafenzollpolizei sowie über ein System regionaler Einheiten gesichert. Ebenso würden die Zuständigkeitsbereiche über ein System der vollständigen Radarabdeckung überwacht. Außerdem gebe es ein regionales Sicherheitssystem für den Seeverkehr zur Gewährleistung der Hafensicherheit. Im Winter werde der Seeverkehr in der Region über ein einheitliches Zentrum koordiniert, um den Hafen eisfrei zu halten. Kluev wies darauf hin, dass jede weitere Hafenentwicklung streng von den zuständigen Behörden und Ministerien auf lokaler und Bundesebene koordiniert werde. Der Hafenausbau erfolge über die Umweltverträglichkeitsprüfung Vorschriften der russischen Gesetzgebung sowie im Rahmen der Verpflichtungen aus internationalen Übereinkommen seien berücksichtigt. Angesichts möglicher Umweltverschmutzungen werde das Hafengebiet ständig im Rahmen eines Umwelt-Monitorings überwacht. Es gebe entsprechende Notfallpläne mit Maßnahmen zur Beseitigen von Ölunfällen.

Jochen Schulte (Maritimer Berichterstatter der BSPC) erklärte, dass es seit der letzten Ostseeparlamentarierkonferenz interessante und unterschiedlichste Entwicklungen im Bereich der „Maritimen Politik“ gegeben habe. Dabei handle es sich nicht nur um die Themen Schwefelreduktionsgebiet (SECA) und die Ausweisung der Ostsee als Stickoxidreduktionsgebiet (NECA) sowie um deren Auswirkung für den Schiffsverkehr. Als positive Entwicklung bezeichnete Schulte die Einbeziehung und Mitwirkung der verschiedenen Organisationen mit dem Ziel, einen integrierten Ansatz in diesem Bereich zu verfolgen. Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit seien Emissionsreduzierung und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit in der Ostseeregion, der maritime Transport sowie die Entwicklung einer dafür erforderlichen Hafeninfrastruktur, die maritime Sicherheit und die gemeinsame maritime Raumplanung. Das Thema einer gemeinsamen Raumplanung werde in den nächsten Jahren besondere Bedeutung haben. Schulte betonte, dass dabei im Besonderen die unterschiedlichen Ansätze der Akteure in der Ostseeregion zusammengeführt werden sollten. Künftig bestehe für eine bessere weitere Koordinierung der Bedarf, die entsprechenden Unternehmen und Hersteller von Schiffstechnik in die Zusammenarbeit einzubeziehen und frühzeitig gemeinsame Ansätze zu verfolgen, um einen konkreten Nutzen aus solchen Aktivitäten zu ziehen. Schulte berichtete über eine im ersten Halbjahr 2013 zu planende Veranstaltung, zu der Unternehmens- und Wirtschaftsvertreter eingeladen werden sollten, um aktuelle Themen zu erörtern und sich mit betroffenen Akteuren auszutauschen.

Roger Jansson (stellv. Maritimer Berichterstatter der BSPC), bemerkte, dass es im nördlichen Teil ein ganz besonders Bedürfnis gebe, den Schiffsverkehr zu entwickeln. Der maritime Transport sei ökonomisch und umwelttechnisch dem Straßentransport vorzuziehen, es liege daher im Interesse aller Akteure im Bereich Schiffsverkehr, wettbewerbsfähig zu bleiben. Man habe keinen Aufschub für die SECA erreichen können. Daher sei es wichtig, sich zusammenzuschließen und mögliche technische und finanzielle Umweltmaßnahmen zu ergreifen, um die Wettbewerbskraft des Seetransports im Vergleich zum Transport auf den Straßen zu stärken. Die Konferenz „Clean Ship“ im September in Riga stelle im Bereich der maritimen Angelegenheiten einen wichtigen Meilenstein dar.

Vierter Sitzungsabschnitt: Gesundheit, Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung

Gesundheit und soziale Wohlfahrt

Eeva-Liisa Haapaniemi (Konsul, Soziales und Gesundheit, finnisches Generalkonsulat, Sankt Petersburg, Vertreter der Gesundheitspartnerschaft der Nördlichen Dimension NDPHS) wies auf die Bedeutung der Finanzierung des Gesundheitsbereiches für eine nachhaltige und wirtschaftlich positive Entwicklung in der Ostseeregion hin. Sie erinnerte an die Notwendigkeit für viele Ostseeländer, aufgrund der Wirtschaftskrise in den Bereichen Gesundheit und sozialer Wohlfahrt finanzielle Kürzungen vorzunehmen, was insbesondere auf regionaler Ebene zu erheblichen Einschnitten im Gesundheitswesen geführt habe. Dies könne langfristig zu großen Schäden für die Gesellschaft führen und das Wachstumspotenzial in den nächsten Jahrzehnten beschneiden. Sie bedauerte, dass nur ein kleiner Teil der Gesundheitsausgaben für Prävention bereitgestellt werde. In diesem Zusammenhang drängte sie die Regierungen, mehr in innovative Ansätze für das Gesundheitswesen zu investieren. Neue Aufgaben erforderten die Kreativität und die Zusammenarbeit aber auch ein finanzielles Investment. Grenzübergreifende Kooperationen zur Lösung der neuen Herausforderungen könnten einen Mehrwert schaffen. Sie appellierte, Ressourcen und Fachwissen zu bündeln, und Ideen zu effektiven Lösungen auszutauschen und brachte ihren Wunsch zum Ausdruck, Gesundheit und soziales Wohlergehen als Prioritäten der Wachstumsstrategie in den Ostseestaaten zu verankern.

Natalia Dorshakova (Professorin an der Staatsuniversität Petrozavodsk, Karelien) berichtete über die Kooperation zwischen Russland und den Ostseeländern hinsichtlich der Bekämpfung sozial relevanter Erkrankungen. Im Rahmen gemeinsamer Forschungsprojekte, wie beispielsweise des „Diabimmune-Projektes“, tauschten die Partner neues Wissen und Erfahrungen im Bereich der Diagnostik, Therapie und Erkrankungsprävention im Bereich von Autoimmunerkrankungen aus. Dorshakova bezeichnete Diabetes als eine der größten Herausforderungen, die noch weiter zunehmen werde. In diesem Zusammenhang beschrieb sie die sogenannte Hygienehypothese, die sich mit der Verbreitung des Diabetes I unter Jugendlichen befasse. Die Einflüsse einer sinkenden Exposition gegenüber Krankheitserregern seien zu erforschen. Dorshakova präsentierte die Zusammenarbeit einer Vielzahl von Instituten und Forschungseinrichtungen weltweit, die gegenwärtig an der Hygienehypothese arbeiteten. Es entstünden wesentliche Probleme beim Austausch von Laborproben und Ergebnissen beim Grenzübergang. Mit Hilfe einer entsprechenden gesetzlichen Regelung könnten Proben über die Grenzen gelangen. Dorshakova forderte die Regierungen auf, sich für die Vereinfachung dieses Verfahrens einzusetzen, um die Forschung vorzutreiben.

Raimonds Vejonis (Vizepräsident der Baltischen Versammlung) erläuterte relevante Probleme des Gesundheitswesens im Ostseeraum. Er wies darauf hin, dass kein Land in der Lage sei, seine Probleme allein zu lösen und eine einheitliche Gesundheitsversorgung für alle Bürger zu gewährleisten. Eine enge Kooperation zwischen allen Ostseestaaten sei daher notwendig. Es bestünden Herausforderungen, nicht nur im Bereich Diagnostik, sondern auch in konkreten Sachfragen. Die wirtschaftliche Krise sei ein gutes Beispiel für die Mitglieder der Baltischen Versammlung gewesen, sich zum Ausbau von praxisorientierter Partnerschaften zwischen den Ostseestaaten zusammenzuschließen.

Er gab einen Überblick über die Partnerschaftsinitiativen, zu der die die Schaffung eines einheitlichen baltischen Systems für den Einkauf der Medikamente, Gründung gemeinsamer medizinischer Zentren, Einrichtung eines gemeinschaftlichen Notdienstes sowie eines Systems der Transplantationsmedizin sowie einer gemeinsamen Spermabank. Nach Auffassung von Vejonis könnten diese Initiativen als Erfolgsgeschichte für die baltische Region dienen. Er rief die Konferenz auf, sich in die Strukturen der Baltischen Versammlung zu integrieren.

Arbeitsmarkt

Maria Grinnik (Vertreterin des Verbandes der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands im Föderationskreis Nordwestrussland) informierte über die Maßnahmen seitens des Verbands zur Lösung der gegenwärtigen Probleme am Arbeitsmarkt in der Ostseeregion. Es seien bereits föderale Unterstützungs- und Beschäftigungsprogramme ins Leben gerufen worden. Grinnik sprach das Thema der Jugendarbeitslosigkeit in der Region an. Es bestehe ein Missverhältnis in der Struktur der Arbeitsressourcen. Sie wies diesbezüglich auf eine große Lücke zwischen dem Arbeitsmarktniveau und der Ausbildung der Jugendlichen hin. Grinnik kritisierte die Haltung der Arbeitgeber, junge Menschen und Spezialisten ohne Berufserfahrung nicht anzustellen. In diesem Zusammenhang betonte sie die Wichtigkeit der Praxis der Umschulungen an den Unternehmern und gab einen Überblick über die Einrichtungen und regionalen Umschulungszentren. Grinnik beschrieb die Kooperation zwischen den Gewerkschaften und der russischen Regierung in Bezug auf die Migrationspolitik bis 2025 sowie die Maßnahmen zur Schaffung geeigneter Arbeitsbedingungen für Migranten. Eine weitere Herausforderung für die Gewerkschaften stelle der Einsatz von Leiharbeitern dar. Hierzu sei zusammen mit den Parlamentariern ein Gesetzentwurf über das Verbot von Leiharbeit auf den Weg gebracht worden.

Karen Roiy (Beraterin, Verband dänischer Arbeitgeber, Büro Brüssel) stellte das System der dualen Ausbildung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vor. Das System sei sehr wichtig für Arbeitgeber und die junge Generation. Die Europäische Kommission sei der Meinung, dass eine Integration in den späteren Arbeitsmarkt bereits während der Ausbildung erfolgen müsse. Angesichts der allgemeinen Alterung der Bevölkerung in den europäischen Staaten und der Wirtschaftskrise bestehe großer Bedarf an Arbeitskräften. Das System der dualen Ausbildung könne dieses Problem lösen. Das duale System sei geeignet, eine effiziente Beschäftigungspolitik zu gewährleisten und damit Investitionen ins Land holen, so Roiy. Sie stimmte mit Grinnik in Bezug auf die Möglichkeit, mit Hilfe der dualen Ausbildung die Kluft zwischen dem Angebot und der Nachfrage im Arbeitsmarkt auszugleichen, überein. Als Maßnahme führte sie die Schaffung größerer Synergien zwischen Wirtschaft und Bildung auf allen Ebenen auf. Anhand der Daten aus verschiedenen Studien und Untersuchungen erklärte Roiy die positiven Auswirkungen sowohl für die Unternehmer als auch für junge Spezialisten. Die europäischen Länder, die das System der dualen Ausbildung bereits nutzen, haben eine wesentlich niedrige Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen.

Uwe Polkaehn (Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nord, Vorsitzender des Baltic Sea Trade Union Network BASTUN) äußerte sich zum Thema der Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Raum und geeigneten Maßnahmen aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union sei eines der großen politischen Probleme der Gegenwart und zugleich eine Herausforderung für die Unternehmen und die Wirtschaftsordnung. Nach der Präsentation der ungleichmäßigen Verteilung der Jugendarbeitslosigkeitszahlen in den EU-Staaten zeigte sich Polkaehn besorgt darüber, dass die Jugendarbeitslosigkeit in der Ostseeregion besonders hoch sei. Für Deutschland stelle der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften eine Bedrohung dar. Polkaehn beschrieb die Mechanismen des dualen Ausbildungssystems in Deutschland und führte am Beispiel Deutschlands die Leitlinien auf, die die Entwicklung eines dualen Ausbildungssystems europaweit vorantreiben könne. Im Rahmen der engen Kooperation zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund Nord und „Baltic Sea Labour Forum“ sei ein Projekt aufgelegt worden, das die besten Elemente aus anderen Nachbarländern zu einem guten und einheitlichen System im Ostseeraum entwickeln könnte. Er unterstütze den Aufruf von Roivy, das System der dualen Berufsausbildung europaweit zu verankern und gezielt zu fördern.

Oddgeir Danielsen (Direktor, Sekretariat der Partnerschaft für Transport und Logistik im Rahmen der Nördlichen Dimension NDPTL) gab einen Überblick über die Logistikstruktur in der Ostseeregion. Der Logistikbereich sei das Rückgrat eines gut funktionierenden Arbeitsmarkts. Danielsen wies darauf hin, dass für die Gewinnung und den Ausbau der über 80 Prozent der weltweiten fossilen Ressourcen in der Arktis ein kompetenter Arbeitsmarkt sowie funktionierende Logistikwege im baltischen Raum erforderlich seien. In diesem Zusammenhang sei die transsibirische Magistrale ein wichtiges integrales Element. Er unterstrich die Notwendigkeit, innovativ zu sein und neue Lösungen anzubieten sowie Alternativen heranzuziehen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Danielsen hob die besondere Rolle Russlands in der Ostseeregion und die bestehende Partnerschaft mit der Europäischen Kommission hervor. NDPTL arbeite aktiv an der Anbindung verschiedenster Finanzierungsprojekte und strebe an, eine verbesserte Kooperationsplattform in der gesamten Region anzubieten.

Franz Thönnies (Abgeordneter des Deutschen Bundestages) berichtete über das Baltic Sea Labour Forum und stellte in diesem Zusammenhang die Situation der Jugendarbeitslosigkeit in der Ostseeregion dar. Thönnies beschrieb den Entstehungsprozess des Baltic Sea Labour Forum und würdigte die Präsenz von Arbeitgebern und Gewerkschaftsvertretern aus Russland auf der Abschlusskonferenz im November 2011 in Hamburg, auf der die Resolution zur Gründung des Baltic Sea Labour Forum beschlossen worden sei. Als Grundlage für die Arbeit des Baltic Sea Labour Forum würden die Ergebnisse und Beschlüsse internationaler Konferenzen und verschiedener durchgeführter Projekte in den einzelnen Ländern der Ostseeregion zum Themenkomplex Arbeitsbedingungen genutzt. Er erläuterte die gemeinsamen Ziele, die beteiligte Arbeits- und Gewerkschaftsorganisationen verfolgten. Thönnies forderte die Parlamentarier auf, sich an der Arbeit des Baltic Sea Labour Forum zu beteiligen und gegenseitige Unterstützung zu leisten. Im zweiten Abschnitt seiner Rede wies Thönnies darauf hin, dass es in dem vorliegenden Statusbericht eine Auflistung von Maßnahmen gebe, die die Politik unternehme, um junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die Politik dürfe es nicht zulassen, dass junge Menschen keine Ausbildung erhielten und lange Zeit arbeitslos blieben. Thönnes hob die Notwendigkeit hervor, rechtzeitig eine Verbindung zwischen der Schule und Wirtschaft herzustellen, damit junge Menschen einen guten Überblick über Möglichkeit der Beschäftigung in ihrer regionalen Situation hätten.

Menschenhandel - Trafficking

Johan Linander (Abgeordneter des schwedischen Parlaments) präsentierte die Ergebnisse der Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz zum Thema Menschenhandel. Es seien Fragebogen an die verantwortlichen Minister für die Bekämpfung von Menschenhandel versendet worden. Da die Überwachung in den Ländern in unterschiedliche organisatorische Einheiten falle, sei es schwierig gewesen, ein Bild von dem jeweiligen Land zu bekommen und statistische Angaben zu vergleichen. Anhand der vorliegenden Ergebnisse erklärte Linander, dass das Menschenhandelsproblem alle Ostseestaaten betreffe. Bei der Lösung der damit zusammenhängenden Fragen wiesen die Länder sehr unterschiedliche Angaben auf. Für einige Länder bestehe die Notwendigkeit, Gesetze zu überprüfen und eine langfristige Finanzierung für Projekte im Bereich der Bekämpfung sicherzustellen. Linander gab einen Überblick über die häufigsten Formen des Menschenhandels in der Ostseeregion, darunter Zwangsarbeit, Diebstahl von Papieren und Pässen zum Zweck der Arbeitsausbeutung und der Ausbeutung von Kindern. Im Abschluss seiner Rede appellierte Linander an die Minister für eine bessere Kooperation in dem Bereich. Ein Abschlussbericht über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zum Menschenhandel werde nächstes Jahr abgegeben werden.

Laine Randjärv (Estnisches Parlament) dankte der Konferenz für ihre Ernennung als neue Vorsitzende der BSPC für den Zeitraum 2012 bis 2013 und gratulierte Frau Pivnenko für ihren Beitrag zur Entwicklung demokratischer und transparenter politischer Prozesse. Sie erklärte, es sei eine große Aufgabe, den Vorsitz zu übernehmen. Innerhalb der vergangenen 20 Jahre habe sich die BSPC zur führenden parlamentarische Kraft in Ostseeangelegenheiten entwickelt, die aktuelle Themen aufgreife und entwickle sowie wichtige zwischenparlamentarische Aktivitäten fördere. Die Themenschwerpunkte der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz würden ebenso im Fokus der Zusammenarbeit in den nächsten Jahren sein. Der Dialog zwischen den Akteuren werde auch unter der estnischen BSPC-Präsidentschaft fortgesetzt werden. Sie lud alle Teilnehmer zur 22. BSPC ein, die vom 25. bis 27. August 2013 in Pärnu stattfinden werde.

Anlage
(Nichtamtliche Übersetzung)



Entschließung der Konferenz

Angenommen von der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Gesetzgeber der Ostseeanrainerstaaten*, die sich in St. Petersburg (Russische Föderation) vom 26. bis 28. August 2012 versammelt haben,

in Erörterung der Themen "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltgesundheit und Energie", "Eine gesunde und sichere Ostsee" und "Gesundheit, Soziales und wirtschaftliche Entwicklung",

A. unter Hervorhebung der Tatsache, dass die parlamentarische Zusammenarbeit in der Ostseeregion zu demokratischen, transparenten und inklusiven Prozessen sowie zu praktischen und positiven Resultaten im täglichen Leben der Menschen beiträgt;

B. in Würdigung der engen, pragmatischen und produktiven Interaktion zwischen dem Ostseerat (CBSS) und der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und der weitgehenden Synchronisierung der politischen Prioritäten und des fortwährenden Austauschs auf allen Ebenen;

C. in Würdigung der Durchführung der ersten Jugendparlamentssitzung mit dem Titel "Baltic Sea Youth Session" im April 2012 in Berlin, die im Rahmen der deutschen Ostseeratspräsidentschaft stattfand; die nachfolgenden Ostseeratspräsidentschaften auffordernd, die Organisation dieser "Baltic Sea Youth Sessions" fortzuführen und gemeinsam mit dem Ostseerat die Teilnahme von fünf Delegierten dieses Jugendparlaments bei den jährlichen Ostseeparlamentarierkonferenzen zu garantieren, um junge Menschen in die parlamentarischen Debatten über die Zukunft der Ostseeregion zu integrieren,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU sowie weitere Organisationen, die Zivilgesellschaft, den privatwirtschaftlichen Sektor, die Gemeinschaften und nichtstaatliche Organisationen auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Ostseeregion

1. die Interaktion und Zusammenarbeit bei der Umsetzung der "Sozioökonomischen Entwicklungsstrategie für Nordwestrussland" der Russischen Föderation und weitere allgemeine politische Maßnahmen in der Ostseeregion, z.B. die EU-Ostseestrategie und die Nördliche Dimension, zu fördern;

2. die Politik der Nördlichen Dimension und ihre weitere Diversifizierung in neue operative Bereiche laufend zu unterstützen, um alle Akteure in der Region gleichberechtigt einzubeziehen und wo dies geboten erscheint den Zugang zu EU-Projekten für alle relevanten Akteure zu gewährleisten;

3. dem Ostseerat stabile und langfristige Ressourcen zur Verfügung zu stellen und den laufenden Dialog mit der Ostseeparlamentarierkonferenz über politische Prioritäten und operative Aktivitäten weiterhin zu unterstützen;
4. rechtzeitig ausreichende Ressourcen für die vollständige Umsetzung des Projekts "SEBA" (Modernisierungspartnerschaft für den südöstlichen Ostseeraum), dessen Ziel die Verbesserung der Zusammenarbeit in Bereichen wie nachhaltige Entwicklung, Tourismus, Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor und Jugend ist, bereitzustellen;
5. eine bewusste Arbeitsteilung zwischen den Akteuren in der Region zu fördern, um ihre komparativen Vorteile zu stärken, Prioritäten zu synchronisieren und gegenseitigen Kompetenzen zu ergänzen; Kooperationsinitiativen wie das "Maritime Joint Event" in den Jahren 2011 und 2012 sollten als Vorbild für weitere Themenbereiche unterstützt werden;
6. Toleranz, gegenseitige Achtung und Meinungsfreiheit zu fördern und die Menschenrechte in der gesamten Ostseeregion und in ihrer Nachbarschaft zu stärken;
7. die Bemühungen um die schrittweise Beseitigung von Hindernissen für die Bewegungsfreiheit der Menschen in der Region entsprechend den Ergebnissen der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland im Rahmen eines Visumsdialogs und allmählichen Auslaufens des Visaeregimes zwischen der EU und Russland fortzusetzen und so schnell und umfassend wie möglich Visaerleichterungen für Wissenschaftler, Studierende, Forscher, Sportler, Auszubildende und Jugendliche zu fördern;

im Hinblick auf die Umweltgesundheit, Zusammenarbeit in Energiefragen und energieeffiziente Wirtschaft

8. das Espoo-Übereinkommen (Übereinkommen der EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen) von den Staaten ratifizieren zu lassen, die dies noch nicht getan haben;
9. das Ballastwasserübereinkommen (Internationales Übereinkommen zur Überwachung und Behandlung von Ballastwasser und Sedimenten von Schiffen von 2004) von den Staaten ratifizieren zu lassen, die dies noch nicht getan haben
10. alle von den Regierungen der Ostseeregion im Jahr 2007 in Krakau angenommenen Verpflichtungen nach dem HELCOM-Ostseeaktionsplan, mit denen der gute ökologische Status der Ostsee bis 2021 wiederhergestellt werden soll, vollständig umzusetzen, die Zielsetzungen für das HELCOM-Ministertreffen im Herbst 2013 bezüglich der Reduzierung der in die Ostsee abgelassenen Phosphor- und Nitratmengen zu erweitern und sich aktiv für die Koordinierung der Aktivitäten mit der Oslo-Paris-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR) im Hinblick auf die Förderung von Initiativen zur Verminderung der Schiffsabfallmenge in den Ostseeregionen sowie im Nordwestatlantik und im Ärmelkanal einzusetzen;
11. im Rahmen der Verbesserung der Gesundheit und Wiederherstellung des Ökosystems Ostsee Maßnahmen durchzuführen, um die Quellen der Verschmutzung durch Abwässer im Wassereinzugsgebiet der Ostsee zu beseitigen, z.B. durch die Modernisierung von Klärsystemen und kommunalen Abwasseranlagen;
12. zur Einführung bestmöglicher landwirtschaftlicher Verfahren und Technologien bei der Verarbeitung tierischer Abfälle und bei der Geflügelzucht beizutragen;

13. die Verminderung des Zustroms biogener Stoffe in die Ostsee durch Einführung bestmöglicher landwirtschaftlicher Verfahren und Technologien für den Umgang mit Abfällen aus der Viehzucht einschließlich der Geflügelzucht und den allmählichen Rückgang der Nutzung von Polyphosphaten in synthetischen Wasch- und Reinigungsmitteln zu fördern;
14. die bessere Gesundheit und die Wiederherstellung des Ökosystems Ostsee durch Verbesserung von Recyclingverfahren, Schaffung neuer Deponien für kommunale und industrielle Abfälle mit konsequenter Beanspruchung von Land und Beseitigung der Lagerung veralteter Pestizide zu fördern;
15. die Arbeit im Rahmen des trilateralen Projekts "Jahr des Finnischen Meerbusens" zu begrüßen, deren Ziel die Umsetzung einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltgesundheit der Ostsee vor allem durch Forschungs- und Umweltschutzmaßnahmen ist, die den besseren ökologischen Status des Ökosystems Ostsee fördern;
16. nachhaltige Maßnahmen zur Förderung und Entwicklung des grünen Wachstums, der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien zu treffen und an die jeweiligen nationalen Bedingungen angepasste verbindliche Energieeffizienzziele zu verabschieden;
17. sich innerhalb der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) aktiv für die Verbesserung der zu einem früheren Zeitpunkt angenommenen technischen Anforderungen in Bezug auf die Energieeffizienz neuer Seeschiffe und die Entwicklung weltweit verbindlicher technischer bzw. betrieblicher Regeln einzusetzen, um die Menge der von den vorhandenen Schiffen ausgestoßenen CO₂-Emissionen zu verringern;
18. die energiepolitische Zusammenarbeit im Ostseeraum (BASREC) zu unterstützen und die während der BASREC-Ministertagung am 14. und 15. Mai 2012 vereinbarten Verpflichtungen für 2012 bis 2015 umzusetzen, um nachhaltige Energiesysteme in der Region zu entwickeln und die Energiemärkte und die Energieinfrastruktur zu integrieren;
19. die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch die Erschließung erneuerbarer Energiequellen zu vermindern;
20. Bildung, Forschung und Entwicklung zu grünem Wachstum und Energieeffizienz zu fördern und Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, zum Austausch bewährter Verfahren und zur Aufklärung über die ökologischen und ökonomischen Vorteile und Möglichkeiten der Energieeinsparung zu treffen;
21. die Aktivitäten der Expertengruppe des Ostseerates für nachhaltige Entwicklung "Baltic 21" zu unterstützen, deren Schwerpunkt auf folgenden vier strategischen Bereichen liegt: Klimawandel, nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion, Innovation und Bildung für nachhaltige Entwicklung, nachhaltige städtische und ländliche Entwicklung;
22. politische Anreize und innovative Finanzprogramme zu schaffen, um Pilotprojekte und Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen auf den Weg zu bringen;
23. das grüne öffentliche Beschaffungswesen auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung zu fördern und dafür zu sorgen, dass die Standards des grünen öffentlichen Beschaffungswesens gleiche Ausgangsbedingungen für Unternehmen schaffen und nicht zu Wettbewerbsnachteilen für kleine und mittelständische Unternehmen führen;

im Hinblick auf die integrierte Meerespolitik

24. Informationsaustausch, gemeinsame Planungen und die Weitergabe bewährter Verfahren zwischen den Meeresbehörden auszubauen, um den wachsenden Schiffsverkehr in der Ostsee zu bewältigen;
25. Informationstechnologien und elektronische Navigationstechnologien zur Meeresüberwachung in Echtzeit zu entwickeln, um das Schiffsverkehrsmanagement zu verbessern und gemeinsam gegen Havarien gewappnet zu sein;
26. die Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrt in der Ostseeregion mithilfe geeigneter und gezielter Anreize zu stärken;
27. Forschung und Innovation zu fördern, um Kompetenzen in den Bereichen Sicherheit im Seeverkehr, Energieeffizienz, Reduzierung von Emissionen, alternative Antriebstechnologien und erneuerbare Energien zu entwickeln und die Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion im globalen Wettbewerb zu stärken;
28. weitere Maßnahmen mit dem Ziel der Entwicklung eines gemeinsamen makroregionalen Präventions- und Bereitschaftsansatzes gegenüber Katastrophen und Notfällen auf See und an Land durchzuführen und im Hinblick auf die Bekämpfung von Ölleckagen unter Eisbedingungen sowie schlechten Witterungs- und Sichtbedingungen entsprechende Forschungsprojekte zu unterstützen und Technologien zu entwickeln;
29. die Zusammenarbeit mit Seeschiffahrtsunternehmen zu stärken, um das Risiko von Havarien und Grundberührungen weiter zu vermeiden und zu minimieren;
30. die Umsetzung des Drei-Parteien-Projekts "The Gulf of Finland Year 2014" ("Jahr des Finnischen Meerbusens") zu unterstützen, mit dem die gemeinsamen Forschungs- und Schutzbemühungen Finnlands, Estlands und Russlands konsolidiert werden sollen, um die maritimen Ökosysteme der Ostsee zu stärken;
31. den Aufbau eines stärker integrierten Wissensnetzwerks über maritime Fragen (Umwelt, Fischerei, Raumplanung, Schifffahrt usw.) zu unterstützen;
32. die handwerkliche Fischereiwirtschaft zu fördern und die Möglichkeiten für Investitionen in ökologische Formen des maritimen Tourismus zu verbessern;
33. gemeinsame Ziele der maritimen Raumordnungspolitik (unter Einbeziehung der Leitlinien der VASAB (*Visions and Strategies around the Baltic*)) zu erarbeiten;
34. die Entwicklung und Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Ostseeregion zu unterstützen, um die grenzüberschreitende Kriminalität und Sicherheitsbedrohungen auf See zu bekämpfen;

im Hinblick auf die Bereiche Gesundheit, Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung

35. das Profil der Bereiche Gesundheit und Soziales auf der regionalen Kooperationsagenda zu schärfen und die Partnerschaft der Nördlichen Dimension in den Bereichen öffentliche Gesundheit und Soziales zu unterstützen, um die fortlaufenden Maßnahmen zur Stärkung der Bereiche Gesundheit und Soziales weiterzuverfolgen und dabei die Alterung der Gesellschaft, die großen Belastungen durch nicht meldepflichtige Krankheiten und die Antibiotikaresistenzen zu berücksichtigen;
36. die Ressourcen der älteren Bevölkerung zu berücksichtigen, ihnen den Verbleib auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen und ihre Fähigkeiten generell zu nutzen;
37. eine mittel- bis langfristige Strategie zu entwickeln und diese mit wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu unterfüttern und dafür zu sorgen, dass die vorhandenen Programme, die dieses Ziel verfolgen, besser aufeinander abgestimmt werden; Ziel sollte es sein, allen jungen Menschen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, zusätzliche Ausbildungsmaßnahmen oder eine Mischung aus Beschäftigung und Berufsausbildung nach höchstens vier Monaten Arbeitslosigkeit anzubieten. Das Arbeitsleben darf nicht mit einer längeren Phase der Arbeitslosigkeit beginnen;
38. eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen vor Ort zu fördern, um Initiativen für die Unterstützung des Übergangs von der Schule in das Arbeitsleben für junge Menschen zu entwickeln;
39. Maßnahmen zur Förderung von Bildung und Berufsausbildung, zur Entwicklung von Fähigkeiten und zum lebenslangen Lernen weiterzuentwickeln, um den Bedarf an Fachkräften zu decken und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, und in diesem Zusammenhang die Nutzung des Konzepts der dualen Ausbildung zu intensivieren und Initiativen auf den Weg zu bringen, um die Chancen für unqualifizierte und arbeitslose junge Menschen, aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen, zu verbessern;
40. sich für die gegenseitige Anerkennung von Berufsausbildungen in den Ländern der Ostseeregion einzusetzen und die Qualität der Berufsausbildung in der Region auf der Grundlage bewährter Verfahren, entsprechender Forschungsergebnisse und des zukünftigen Bedarfs der Gesellschaft zu entwickeln;
41. soweit wie möglich Hindernisse zu beseitigen, die der Mobilität von Arbeitnehmern und Unternehmen entgegenstehen, und zu diesem Zweck die Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen und den vorhandenen grenzüberschreitenden Informationszentren aktiv zu unterstützen;
42. das "Baltic Sea Labour Forum" (BSLF) als Plattform für den Erfahrungsaustausch und die Kommunikation zwischen den wichtigsten Akteuren auf den Arbeitsmärkten in der Ostseeregion zu unterstützen und zu fördern und unter anderem auch das BSLF bei der Förderung des sozialen Dialogs, der Drei-Parteien-Strukturen und der Zusammenarbeit als entscheidende Bestandteile des nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der nachhaltigen sozialen Entwicklung zu unterstützen;
43. die Zusammenarbeit bei Modernisierung und Innovation zu fördern und sich dabei auf das Wachstum von Schwerpunktbereichen und langfristig auf die Etablierung regionaler Partnerschaften insbesondere in den Bereichen Umwelt und nachhaltige Entwicklung zu konzentrieren;

44. mithilfe eines regionalen Direktinvestitionsfonds und aktiver Bildungsmaßnahmen ein Netzwerk für Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor als Plattform für nachhaltiges Wachstum zu schaffen;
45. die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus an Land und auf dem Meer zu unterstützen; dies schließt die Verbesserung der Mobilität und Zugänglichkeit durch andere Verkehrsmittel, die nicht mit dem motorisierten Individualverkehr in Zusammenhang stehen, und die strikte Regulierung der Nutzung von Schutzgebieten ein;
46. Konzepte für altersgerechte Arbeitsbedingungen und einen besseren Zugang zu lebenslangem Lernen auch für Ältere zu entwickeln;
47. Konzepte zu entwickeln, um besonders benachteiligten Gruppen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern;
48. Programme für Kommunen im Hinblick auf kommunale Strategien für den Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels zu unterstützen;
49. qualitative Kriterien als Indikatoren für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik zu entwickeln;
50. die Maßnahmen zur Gewinnung umfassenderen Wissens über Art und Umfang neuer Formen des Menschenhandels, z.B. Menschenhandel zum Zweck des Bettelns, zum Zweck der Durchführung von Straftaten wie Diebstahl und Betrug und zum Zweck des Identitätsdiebstahls, zu fördern und die gesetzlichen und operativen Mittel zur Feststellung und Bekämpfung dieser Formen des Menschenhandels zu stärken;

darüber hinaus beschließt die Konferenz,

51. das Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für die Jahre 2012 und 2013 anzunehmen;
52. dem **Regionalrat von Skåne** den Beobachterstatus zu gewähren;
53. das freundliche Angebot des Parlaments der Republik Estland, die 22. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2013 in Pärnu auszurichten, mit Dank anzunehmen.

* Das Parlament der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, Grönlands, der Freien und Hansestadt Hamburg, Lettlands, Leningrads, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, der Föderationsrat der Bundesversammlung der Russischen Föderation, die Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation; die Baltische Versammlung, das Europäische Parlament und der Nordische Rat.



Conference Resolution

Adopted by the 21st Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants, elected legislators from the Baltic Sea States*, assembling in St Petersburg, Russian Federation, 26-28 August 2012,

discussing co-operation in the Baltic Sea Region, environmental health and energy cooperation, a safe and healthy Baltic Sea, and health, social welfare and economic development,

A. stressing that parliamentary cooperation in the Baltic Sea Region (BSR) contributes to democratic, transparent and inclusive political processes, as well as to practical and positive results in people's everyday life;

B. commending the close, pragmatic and productive interaction between the Council of the Baltic Sea States (CBSS) and BSPC, including a far-reaching synchronization of political priorities and a continuous exchange at all levels;

C. appreciate the organization of a first Youth Parliament called "Baltic Sea Youth Session" in Berlin in April 2012 within the framework of the German CBSS Presidency; encourage the following CBSS Presidencies to continue with the organization of those Baltic Sea Youth Sessions and to support a participation of five delegates of this Youth Parliament in the annual BSPC Conferences to include young people into the parliamentary discussion about the future of the Baltic Sea Region,

call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU, as well as other organizations, civil society, private sector, communities and NGOs,

Regarding Co-operation in the Baltic Sea Region,

1. to promote interaction and cooperation in the implementation of implementation of the North-West Russia Socio-Economic Development Strategy by the Russian Federation and other overall policies of the Baltic Sea Region, such as the EU Strategy for the Baltic Sea Region and the Northern Dimension

2. to provide continued support to the Northern Dimension policy and its further diversification into new operational branches to involve all stakeholders in the Region on an equal footing and to ensure access to EU projects for all relevant stakeholders where appropriate;

3. to provide stable and long-term resources to CBSS, and to continue to support an ongoing dialogue with BSPC on political priorities as well as operational activities;

4. to provide in due course resources for the full implementation of the SEBA project (Modernization Partnership for the South Eastern Baltic Area), aiming at enhancing cooperation in fields such sustainable development, tourism, public-private partnerships and youth;

5. to encourage a deliberate division of labour between stakeholders in the Region, aiming at strengthening their comparative advantages, synchronizing their priorities, and complementing each other's competencies; cooperative initiatives such as the "*Maritime Joint Event*" in 2011 and 2012 should be promoted as a role model for other subject areas;
6. to promote and protect tolerance, mutual respect and freedom of expression, and to strengthen the human rights throughout the entire Baltic Sea Region and its neighbourhood;
7. to continue efforts towards gradual elimination of obstacles for the movement of persons in the Region in accordance with outcomes of the EU-Russia cooperation in the framework of a visa dialogue, and to pursue the efforts for a gradual phasing out of the visa regime between the EU and Russia, while facilitating as much and as quick as possible visa facilitation for instance for academics, students, researchers, sportsmen, trainees and youth;

Regarding Environmental Health, Energy Cooperation and Energy-Efficient Economy,

8. to ratify, for those states that have not already done so, the Espoo Convention (the EU Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context);
9. to ratify, for those states that have not already done so, the Convention on Ballast waters (International Convention for the Control and Management of Ships' Ballast Water and Sediments of 2004);
10. to fulfill all commitments under the HELCOM Baltic Sea Action Plan, adopted by the Governments of the Baltic Sea Region in Krakow in 2007, aimed at restoring a good environmental status of the Baltic Sea by 2021; to further raising the level of ambition at the HELCOM ministerial meeting at fall 2013 in reducing the outlet of phosphorous and nitrates into the Baltic Sea; and to carry out active efforts to coordinate activities with OSPAR in regard of promoting initiatives to decrease waste from vessels in the Baltic Sea regions and in the North-West Atlantic Ocean and the English Channel;
11. within the framework of improving health and rehabilitating the ecosystem of the Baltic Sea, to carry out work aimed at removing the sewage waste pollution sources in the drainage basin of the Baltic Sea, including the modernization of sewage systems and municipal sewage treatment facilities;
12. to contribute to the introduction of best agricultural practices and technologies in animal waste conversion and poultry farming;
13. to promote the decrease of influx of biogenic substances into the Baltic Sea by means of introducing best agricultural practices and technologies to manage waste from animal farming, including poultry farming, and by gradually decreasing use of polyphosphates in synthetic detergents.
14. to promote better health and rehabilitation of the Baltic Sea ecosystem by improving recycling, creating new landfills for municipal and industrial waste with consequent reclamation of land, and by removing obsolete pesticide storages;
15. to welcome work within the trilateral Project of the Year of the Gulf of Finland, aimed at implementation of a set of measures to improve environmental health of the Baltic Sea, namely through research and environmental protection efforts that promote better environmental status of the Baltic Sea ecosystem;

16. to make sustained efforts to promote and develop green growth, energy efficiency and renewable energy, and to adopt nationally adapted binding targets for energy efficiency;
17. to work actively within the IMO to improve the technical requirements, adopted earlier, in respect of the energy efficiency of new sea vessels and development of globally binding technical and/or operational regulations in order to decrease emissions of greenhouse gases from the existing vessels;
18. to support BASREC (Baltic Sea Region Energy Cooperation) and implement the commitments for 2012-2015 made by the BASREC Ministerial Meeting 14-15 May 2012, in order to develop sustainable energy systems in the region and to integrate energy markets and energy infrastructure;
19. to lessen the dependence on fossilized fuel by exploring renewable energy sources;
20. to promote education, research and development on green growth and energy efficiency, and to take action to disseminate information, exchange best practices and raise awareness of both environmental and economic gains and ways of saving energy;
21. to support activities of the CBSS Expert Group on Sustainable Development – Baltic 21, focused on four strategic areas: climate change, sustainable consumption and production, innovation and education for sustainable development, sustainable urban and rural development;
22. to provide political incentives and innovative financial schemes to initiate pilot projects and investments in energy efficiency measures;
23. to promote green public procurement (GPP) at all levels of public administration, ensuring that GPP standards provide a level playing field for businesses and do not lead to competitive disadvantages for small and medium-sized enterprises;

Regarding Integrated Maritime Policy,

24. to expand information exchange, joint planning and dissemination of best practices between maritime authorities in order to manage the growing vessel traffic in the Baltic Sea;
25. to develop real-time maritime surveillance information and e-navigation technologies in order to improve vessel traffic management and augment the joint preparedness against accidents;
26. to strengthen the competitiveness of clean shipping in the Baltic Sea Region by using appropriate targeted incentives;
27. to promote research and innovation in order to develop competencies in the areas of shipping safety, energy efficiency, emission reductions, alternative propulsion technologies and renewable energies in order to strengthen the competitiveness of the Baltic Sea Region in the global competition;
28. to carry on further actions aiming at developing a joint macro-regional prevention and preparedness approach towards major hazards and emergencies at sea and on land, and to promote research and to develop technologies aimed at oil spills response in ice conditions, as well as in bad weather and visibility conditions

29. to strengthen the cooperation with the shipping companies to further prevent and minimize the risk of accidents and groundings;
30. to support the implementation of the tripartite project "The Gulf of Finland Year 2014", with the purpose of consolidating joint research and conservation efforts of Finland, Estonia and Russia in order to strengthen the maritime ecosystems of the Baltic Sea;
31. to support the build-up of a more integrated marine and maritime knowledge network (environment, fisheries, regional planning, shipping etc.);
32. to promote artisanal fishery and to enhance the opportunities for investing in environmentally friendly kinds of marine tourism;
33. to draft joint objectives in maritime spatial planning policy (taking the VASAB guidelines into account);
34. to promote the development and strengthening cross-border cooperation of the Baltic Sea region in order to counter cross-border crime and security threats at sea;

Regarding Health, Labour Market and Economic Development,

35. to raise the profile of health and social well-being on the regional cooperation agenda; to support the Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being, in order to pursue persistent efforts for improving health and social well-being taking into account ageing society, high burden of non-communicable diseases and antimicrobial resistance;
36. to take the resources of the elderly population into consideration, to allow them to stay on the labour market, and make use of their abilities in general;
37. to develop a medium- to long-term strategy equipped with powerful measures to tackle youth unemployment, and to ensure that existing programmes with this aim are better coordinated; the aim should be to offer each young person a job, an apprenticeship, additional continuing education or a combination of employment and vocational training after a maximum of four months of unemployment. Working life must not begin with a longer period of unemployment;
38. to encourage an intensified cooperation between schools and businesses at local level, in order to develop initiatives for facilitating the transition from school to working life for young people;
39. to further develop measures to foster education, vocational training, skills development and life-long learning, with the aim of meeting the demand for skilled workers and creating new employment opportunities, and in this respect intensify the use of the concept of dual education, and launch initiatives to improve the prospects of long-term employment to unqualified and unemployed young people;
40. to work towards mutual recognition of vocational training in the Baltic Sea Region countries, and to develop the quality of vocational training in the region according to best practices, research results and society's future needs;
41. to reduce as far as possible obstacles to the mobility of labour and enterprises by actively supporting cooperation between the border regions and between the existing cross border information centres;

42. to support and encourage the Baltic Sea Labour Forum (BSLF) as a platform for exchange of experience and communication between the key labour market actors in the BSR, including helping the BSLF in promoting social dialogue, tripartite structures and cooperation as crucial elements of sustainable economic growth and social development;
43. to promote cooperation on modernization and innovation with a focus on cluster growth and, in the long term, on the establishment of regional partnerships particularly on environment and sustainable development;
44. to create a public-private partnership (PPP) network aimed at developing a "Baltic PPP" as a sustainable growth platform with a regional direct investment funds and active educational involvement;
45. to support the development of sustainable tourism on land and at sea, including the improvement of mobility and accessibility by other means than motorized private transports, and a strict regulation of the use of conservation areas;
46. to develop concepts that offer age-friendly conditions at the workplace and better access to life-long learning programs also for the elderly population;
47. to develop concepts aiming to improve the access of particularly disadvantaged groups to the job market;
48. to support programs for municipalities in their strategies for coping with socio-demographic change;
49. to develop quality criteria as indicators of a sustainable employment policy;
50. promote efforts to gain more extensive knowledge of the nature and scope of new forms of trafficking in human beings such as trafficking for begging, trafficking for criminal activities like theft and fraud, and trafficking for identity theft, and to strengthen legislative and operational means of identifying and combating these forms of trafficking in human beings;

Furthermore the Conference Decides to

51. adopt the BSPC Work Programme for 2012-2013;
52. grant Observer status to **Skåne Regional County Council**;
53. welcome with gratitude the kind offer of the Parliament of Estonia to host the 22nd Baltic Sea Parliamentary Conference in Pärnu on 25-27 August 2013.

*Parliaments of Free Hanseatic City of Bremen, Denmark, Finland, Federal Republic of Germany, Free and Hanseatic City of Hamburg, Republic of Karelia, Latvia, Leningrad, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, Council of Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation, State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland Islands, Baltic Assembly, European Parliament, Nordic Council.



Резолюция конференции

принята на 21й Парламентской конференции Балтийского моря (ПКБМ)

Участники, выборные представители государств Балтийского моря*, собрались в Санкт-Петербурге, Россия, 26-28 августа 2012,

Обсуждая сотрудничество в регионе Балтийского моря, вопросы экологии и сотрудничества в сфере энергетики, безопасность и экологическое состояние Балтийского моря, здоровье, социальное благосостояние и экономическое развитие,

А. подчеркивая, что парламентское сотрудничество в регионе Балтийского моря вносит вклад в процессы развития демократии, повышения уровня прозрачности, вовлечения всех участников, и что сотрудничество должно приносить конкретные позитивные результаты в повседневную жизнь людей;

В. одобряя тесное, прагматичное и продуктивное сотрудничество между Советом государств Балтийского моря (СГБМ) и ПКБМ, включая далеко идущую гармонизацию политических приоритетов и постоянный обмен на разных уровнях;

С. высоко оценивая организацию первого молодежного парламента под названием «Молодежная сессия региона Балтийского моря» в Берлине в апреле 2012 года в рамках председательства Германии в СГБМ; призывая последующие председательства СГБМ продолжить организацию этих сессий молодежи региона Балтийского моря и гарантировать совместно с ПКБМ участие пяти делегатов молодежного парламента в ежегодных конференциях ПКБМ с целью вовлечения молодежи в парламентские дискуссии о будущем региона Балтийского моря.

призывают правительства стран региона Балтийского моря, СГБМ и ЕС, а также другие организации, гражданское общество, частный сектор, сообщества и НПО:

В отношении сотрудничества в регионе Балтийского моря,

1. продвигать взаимодействие и сотрудничество в выполнении Стратегии Российской Федерации по социально-экономическому развитию Северо-Запада России и других всеобъемлющих стратегий, которые реализуются в регионе Балтийского моря, таких как Стратегия ЕС по региону Балтийского моря и «Северное измерение»;

2. оказывать долгосрочную поддержку стратегии «Северного измерения» и ее дальнейшей диверсификации по новым рабочим направлениям с целью вовлечения всех участников региона на равноправной основе, а также с целью обеспечения доступа к проектам ЕС для всех заинтересованных сторон там, где это уместно;

3. предоставлять стабильно и на долговременной основе ресурсы для СГБМ, а также поддерживать развивающийся диалог с ПКБМ по политическим приоритетам и рабочим вопросам;

4. предоставлять надлежащим образом ресурсы для полного выполнения проекта SEBA (Партнерство для модернизации на Юго-востоке Балтийского моря), нацеленного на углубление сотрудничества в таких сферах как молодежь, партнерство государства и частного бизнеса, устойчивое развитие и туризм;
5. поощрять осознанное разделение труда между участниками региона, имеющее целью усиление сравнительных преимуществ, гармонизацию приоритетов, дополнение знаний друг друга; продвигать такие совместные инициативы как *"Совместное мероприятие на море"* в 2011 и в 2012 в качестве показательного примера для других предметных областей;
6. продвигать и защищать толерантность, взаимоуважение и свободу самовыражения и укреплять права человека по всему региону Балтийского моря и на сопредельных территориях;
7. продолжить усилия, направленные на постепенное устранение препятствий для передвижения людей в регионе в соответствии с итогами сотрудничества между ЕС и Россией в рамках визового диалога, а также продолжить усилия, направленные на постепенную отмену визового режима между ЕС и Россией, упростив насколько это возможно и так быстро, насколько это возможно, визовый режим для деятелей науки, студентов, исследователей, спортсменов, стажеров и молодежи;

В отношении вопросов экологии, сотрудничества в области энергетики и энергоэффективной экономики

8. ратифицировать, для тех государств, которые еще не сделали этого, конвенцию Эспо (Конвенция ЕС об оценке воздействия на окружающую среду в трансграничном контексте);
9. ратифицировать, для тех государств, которые еще не сделали этого, Конвенцию по управлению балластными водами (Международная конвенция о контроле судовых балластных вод и осадков и управлении ими 2004 года);
10. полностью выполнять обязательства в соответствии с Планом действий по Балтийскому морю ХЕЛКОМ, принятым правительствами региона Балтийского моря в Кракове в 2007 и имеющим целью восстановление высокого экологического статуса региона Балтийского моря к 2021 году и постановку в дальнейшем более амбициозных задач на министерских встречах ХЕЛКОМ осенью 2013 году по сокращению выбросов фосфоритов и нитратов в Балтийское море; проводить активную работу по координации деятельности с ОСПАР в части продвижения инициатив по снижению выбросов с судов в регионах Балтийского моря и Северо-Восточной части Атлантического океана и пролива Ла-Манш;
11. в рамках оздоровления и реабилитации экосистемы Балтийского моря провести работу, направленную на ликвидацию источников загрязнения сточными водами водосборного бассейна Балтийского моря, в том числе путем модернизации систем канализации и городских очистных сооружений для сточных вод;
12. содействовать внедрению наилучших сельскохозяйственных практик и технологий по переработке отходов животноводства и птицеводства;
13. содействовать снижению поступления биогенных веществ в Балтийское море путём внедрения наилучших сельскохозяйственных практик и технологий по

переработке отходов животноводства и птицеводства, а также постепенного сокращения использования полифосфатов в составе синтетических моющих средств;

14. содействовать оздоровлению и реабилитации экосистемы Балтийского моря путем улучшения системы переработки, создания новых полигонов бытовых и промышленных отходов с последующей рекультивацией земель, а также ликвидировать хранилища устаревших пестицидов;
15. приветствовать работу в рамках трёхстороннего проекта «Год Финского залива», направленную на реализацию комплекса мер по оздоровлению морской среды Балтийского моря, а именно проведение научно-исследовательских работ и природоохранных мероприятий, способствующих улучшению состояния экосистемы Балтийского моря;
16. предпринимать усилия по продвижению и развитию зеленого роста, энергоэффективности, возобновляемых источников энергии, а также принять обязательные и адаптированные для каждой страны в отдельности цели по энергоэффективности;
17. вести активную работу в рамках Международной морской организации по совершенствованию ранее одобренных технических требований по энергоэффективности к новым судам и разработке глобально обязательных технических и/или эксплуатационных мер по сокращению выбросов парниковых газов с существующих судов;
18. поддерживать BASREC (Энергетическое сотрудничество в сфере региона Балтийского моря) и выполнять обязательства на 2012-2015, озвученные на встрече министров BASREC 14-15 мая 2012 и имеющие целью создать устойчивые энергетические системы региона и интегрировать рынки энергетики и инфраструктуры;
19. снижать зависимость от ископаемого топлива посредством использования возобновляемых источников энергии;
20. продвигать образование и НИОКР в области зеленого роста и энергоэффективности и предпринимать шаги по распространению информации, обмену наиболее успешным опытом и повышению осведомленности относительно того, какие экологические и экономические преимущества несет в себе бережное употребление энергии и какими путями можно этого добиться;
21. поддерживать деятельность экспертной группы СГБМ по устойчивому развитию – Балтика 21, сфокусированную на четырех стратегических направлениях: климатические изменения, устойчивое потребление и производство, инновации и образование для устойчивого развития, устойчивое развитие в городе и на селе;
22. предоставлять политические стимулы и инновационные финансовые схемы для запуска пилотных проектов и привлечения инвестиций для осуществления мер по энергоэффективности;
23. продвигать осуществление госуслуг с учетом факторов окружающей среды (GPP) на всех уровнях государственной администрации, чтобы стандарты GPP предоставляли игровую площадку для бизнеса, где малый и средний бизнес не оказывается в невыгодном положении;

В отношении Интегрированной морской политики,

24. расширять обмен информацией, совместное планирование и распространение наиболее успешного опыта между морскими властями с целью регулирования роста морского транспорта в регионе Балтийского моря;
25. развивать технологии наблюдения за морским пространством в режиме реального времени и электронной навигации с целью улучшения системы управления движением судов и повышения уровня общей подготовленности к авариям;
26. повышать конкурентоспособность экологически чистого судоходства в регионе Балтийского моря посредством соответствующих целевых стимулов;
27. продвигать исследования и инновации с целью развития знаний в сфере безопасности морского судоходства, энергоэффективности, сокращения выбросов, использования альтернативных силовых установок и возобновляемых источников энергии с целью повышения конкурентоспособности региона Балтийского моря в условиях глобальной конкуренции;
28. продолжать предпринимать действия, направленные на развитие совместного подхода по макрорегиональным превентивным мерам и подготовке к большим рискам и чрезвычайным ситуациям на море и на суше, и продвигать исследования и развивать технологии, направленные на реагирование на разливы нефти в условиях оледенения, а также в плохих погодных условиях и при плохой видимости;
29. укреплять сотрудничество с судостроительной промышленностью для дальнейшего предотвращения и минимизации рисков, связанных с несчастными случаями и посадкой судна на мель;
30. поощрять выполнение совместного трёхстороннего проекта «Год Финского залива-2014» с целью укрепления совместных действий Финляндии, Эстонии и России, направленных на проведение научно-исследовательских работ и природоохранных мероприятий, способствующих улучшению состояния экосистемы морской среды Балтийского моря;
31. поддержать создание более интегрированной сети знаний о море и морской среде (окружающая среда, рыболовство, региональное планирование, судоходство и т.д.);
32. продвигать кустарный рыбный промысел и улучшать возможности для инвестирования в экологически чистые виды морского туризма;
33. составить проект совместных целей по политике территориального морского планирования (принимая во внимания принципы ВИСОБ);
34. способствовать развитию и усилению пограничного сотрудничества в регионе Балтийского моря с целью противодействия пограничной преступности и угрозам безопасности на море;

В отношении здоровья, рынка труда и экономического развития,

35. повысить значимость ситуации со здоровьем и социальным благосостоянием в региональной повестке по сотрудничеству и поддерживать Партнерство «Северное измерение» в сфере здравоохранения и социального благосостояния с целью принятия постоянных настойчивых усилий по улучшению здоровья и социального благосостояния, принимая во внимание старение населения, неинфекционные заболевания и резистентность к антимикробным веществам;

36. принять во внимание ресурс стареющего населения, позволить им остаться на рынке труда и использовать их ресурсы в целом;
37. развивать среднесрочную и долгосрочную стратегию с комплексом мощных мер по борьбе с безработицей среди молодежи, а также обеспечить повышение уровня координация соответствующих программ; следует иметь целью предложить каждому представителю молодежи, который провел без работы в крайнем случае четыре месяца, работу, обучение, дополнительное образование или комбинацию занятости и курсов профессиональной подготовки. Трудовая деятельность не должна начинаться с более длительного периода отсутствия занятости;
38. поощрять укрепление сотрудничества между школами и бизнесом на местном уровне с целью развития инициатив по упрощению перехода молодого населения от школы к работе;
39. разрабатывать и далее меры по улучшению образования, курсов повышения квалификации, развития навыков и пожизненного обучения с целью удовлетворения спроса на квалифицированных рабочих и создавая новые возможности для занятости, и в этой связи усилить использование концепции двойного образования, реализовать инициативы по улучшению перспектив долгосрочной занятости для неквалифицированных работников и для безработной молодежи;
40. работать в направлении взаимного признания профессиональной квалификации в странах региона Балтийского моря, а также повышать качество курсов профессиональной подготовки в регионе, следуя наиболее успешному опыту, на основе результатов исследований и будущих потребностей общества;
41. устранить, насколько это возможно, препятствия для мобильности рабочих и предприятий посредством активной поддержки сотрудничества между пограничными регионами и между существующими приграничными информационными центрами;
42. поддерживать и поощрять Форум сотрудничества в сфере трудовых отношений стран Балтийского моря (BSLF) как платформу для обмена опытом и общения между ключевыми игроками рынка труда региона Балтийского моря, включая оказание помощи BSLF при продвижении социального диалога, трехсторонних структур и сотрудничества как основных составляющих устойчивого экономического роста и социального развития;
43. продвигать сотрудничество по модернизации и инновации с акцентом на кластерный рост и, в долгосрочной перспективе, по установлению регионального партнерства, в частности, в области экологии и устойчивого развития;
44. налаживать сеть государственно-частного партнерства (ГЧП) с целью моделирования «Балтийского пространства ГЧП» как устойчивой площадки роста с учреждением регионального фонда прямых инвестиций и активным привлечением образовательной сферы;
45. поддерживать развитие устойчивого туризма на суше и на море, включая повышение мобильности и доступности такими средствами, как моторизованный частный транспорт, а также посредством жесткого регулирования использования заповедных зон;
46. развивать концепции, в соответствии с которой стареющему населению предлагались бы комфортные рабочие условия, а также доступ к обучению на протяжении всей жизни;

47. развивать концепции, направленные на повышение доступа слабо защищенных групп населения на рынок труда;
48. оказывать содействие городским властям в реализации стратегий по борьбе с социальными и демографическими изменениями;
49. разрабатывать критерии качества, которые стали бы показателями политики обеспечения постоянной занятости;
50. продвигать усилия по дальнейшему расширению знаний о природе и масштабе новых форм торговли людьми, таких как торговля людьми с целью попрошайничества, осуществление криминальной деятельности, такой как воровство и мошенничество, торговля с целью хищения персональных данных; развивать законодательные и оперативные средства выявления этих форм и противодействия торговле людьми;

Более того, на Конференции принято решение

51. принять Рабочую программу ПКБМ на 2012-2013 гг.;
52. предоставить статус наблюдателя **Региональному Совету провинции Сконе**;
53. с благодарностью принять предложение Парламента Эстонии провести 22ю Парламентскую конференцию Балтийского моря в Пярну 25-27 августа 2013 года.

* Парламенты Вольного ганзейского города Бремена, Дании, Эстонии, Финляндии, Федеративной Республики Германии, Вольного ганзейского города Гамбурга, Калининградской области, Республики Карелия, Латвии, Ленинградской области, Литвы, Мекленбурга-Ворпомерна, Норвегии, Польши, Совета Федерации Федерального Собрания Российской Федерации, Государственной Думы Федерального Собрания Российской Федерации, города Санкт-Петербурга, Шлезвиг-Гольштейна, Швеции, Аландских островов, Балтийской Ассамблеи, Европейского Парламента, Северного Совета.